**LN-Dossier 12 //** September/Oktober 2015

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

# KÄMPFERISCH KORRUPT KRIMINALISIERT //

## GEWERKSCHAFTEN IN LATEINAMERIKA

# KÄMPFERISCH, KORRUPT, KRIMINALISIERT

GEWERKSCHAFTEN IN LATEINAMERIKA

▲ **Liveübertragung** In unserem Dossier sprechen wir mit Gewerkschafter*innen über ihre Kämpfe


**4** **Kämpferisch, korrupt, kriminalisiert** // Ein Dossier der *LN* über Gewerkschaften in Lateinamerika

**7** **Staatsfeind Nr. 1** // Die Lehrer*innengewerkschaft CNTE ist Zielscheibe staatlicher Repression in Mexiko

**11** **„Narcos haben ein besseres Image als wir“** // Interview über die Rechte der Metro-Fahrkartenverkäufer*innen in Mexiko-Stadt

**14** **„Sie gehört doch zur Familie!“** // Die Gewerkschaft Fenatrad kämpft für die Rechte der Hausangestellten in Brasilien

**17** **„Solidaritätsarbeit läuft nicht mehr auf einer Einbahnstraße“** // Interview zur gewerkschaftlichen Solidarität zwischen Mannheim und São Paulo

**20** **Das Heft in der Hand** // Arbeiter*innen übernehmen ihre Druckerei

**27** **„Wir haben die Gewerkschaft rausgeschmissen“** // Interview mit Francisco Martínez von der Arbeitsgenossenschaft Textiles Pigüé

**30** **„Entscheidend für die Unterstützung ist die Mobilisierung“** // Über Belegschaftsübernahmen insolventer Unternehmen

**32** **„Wie von einem Löwen zu verlangen, vegetarisch zu leben“** // Interview über den Kampf um Arbeitsbedingungen in der zentralamerikanischen Textilindustrie

**36** **„An unserem Widerstand haben sie sich die Zähne ausgebissen“** // Interview mit María Miranda und Liroy Pérez Pérez von der Hafengewerkschaft Sintrajap

**39** **„Der internationale Druck war am erfolgreichsten“** // Interview mit dem kolumbianischen Gewerkschafter William Mendoza

**42** **Es geht auch ohne Chef** // Ein Sammelband erzählt die Geschichten von Betriebsbesetzungen in Argentinien

# KÄMPFERISCH, KORRUPT, KRIMINALISIERT

EIN DOSSIER DER *LN* ÜBER GEWERKSCHAFTEN IN LATEINAMERIKA

„Kämpferisch", „korrupt", „kriminalisiert" – mit solch widersprüchlichen Attributen wurden und werden Gewerkschaften in Lateinamerika häufig beschrieben. Gewerkschaften sind kämpferisch, sie vertreten die Interessen lohnabhängiger Arbeiter*innen. Aus traditioneller linker Perspektive gelten sie als notwendige Organisationsform der Arbeiter*innenklasse, um sich gegen die Ausbeutung der kapitalistischen Wertschöpfung zu wehren. Aus der Selbstorganisation der Arbeiter*innen zur Verteidigung ihrer Interessen erhoff(t)en sich diverse linke Denker*innen die Entwicklung der Arbeiter*innenklasse von der Klasse *an sich* zu einer Klasse *für sich*, die bewusst die Überwindung des Kapitalismus anstrebe. Gewerkschaften haben durchaus progressives Potential.

Allerdings darf man auch nicht die Augen vor der allzu häufig weniger progressiven Realität gewerkschaftlicher Organisationsformen verschließen. Insbesondere in der Geschichte Lateinamerikas versuch(t)en diverse links- und rechtspopulistische autoritäre Regierungen, Gewerkschaften für ihre eigenen Herrschaftsprojekte zu instrumentalisieren und die Arbeiter*innen zu kooptieren. Zur Zeit der Militärdiktaturen wurden sie aber auch verboten und brutal verfolgt. Es gilt zu berücksichtigen, dass Gewerkschaften auch bewusst als „korrupt", „mafiös" oder gar „terroristisch" verunglimpft werden, um sie zu kriminalisieren. Derartige Kampagnen gehen dann bisweilen von unternehmernahen Lobbygruppen aus, wie hier etwa von Mexicanos Primero gegen die kämpferische Lehrer*innengewerkschaft CNTE (siehe Artikel ab Seite 6).

## Wie sehen die aktuellen Kämpfe und Konflikte gewerkschaftlicher Arbeit in Lateinamerika aus?

Mit dem vorliegende Dossier wollen wir uns mit dem aktuellen Zustand von Gewerkschaftsarbeit in Lateinamerika beschäftigen. Wie bewegen sich die Gewerkschaften in dem geschilderten Spannungsfeld? Dabei wollen wir eine kritisch-solidarische Haltung zu Gewerkschaften einnehmen.

## Was geschieht, wenn die Arbeiter*innen selbst die Kontrolle im Betrieb übernehmen?

Das bedeutet für uns, dass die gegen sie vorgebrachte Kritik immer abgewogen werden muss: Wann handelt es sich um berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen, wann handelt es sich um bewusste Diffamierung, um die Selbstorganisation von Arbeiter*innen zu schwächen?

Hintergrund für unser Dossier ist auch die veränderte politische Lage in Lateinamerika. Im vergangenen Jahrzehnt haben in vielen Ländern der Region linksorientierte Politiker*innen die Regierung übernommen. Zu einem nicht unerheblichen Teil basierten deren Wahlerfolge auf ihrem Rückhalt bei sozialen Bewegungen und linken Organisationen, nicht zuletzt auch Gewerkschaften. Konnten die Gewerkschaften ihrem prophezeiten Bedeutungsverlust nach den neoliberalen Reformen der 1980er und 1990er Jahre erfolgreich entgegentreten? In dem Dossier möchten wir der Frage nachgehen, wie viel gesellschaftlichen Wandel die Gewerkschaften beim Thema Arbeit erreicht haben und wofür sie aktuell kämpfen müssen.

Natürlich können wir nicht alle Aspekte dieses Themas behandeln. Wir möchten deshalb schlaglichtartig einige Aspekte gewerkschaftlicher Kämpfe in Lateinamerika vorstellen. Anhand einzelner Beispiele wollen wir ihre Vielfalt und Konflikte veranschaulichen. Unser Anspruch ist es dabei, nicht mit „eurozentrischem", gar besser-

wisserischem Blick über die Gewerkschaftsbewegungen zu urteilen. Stattdessen möchten wir mit unserem solidarisch-kritischen Ansatz viele unterschiedliche Stimmen, Meinungen und Positionen zu Wort kommen lassen und die regionalen Kontexte beachten. Aus diesem Grund finden sich in diesem Dossier besonders viele Interviews, in denen mutige Gewerkschafter*innen von ihren Kämpfen berichten.

Verschiedenen Fragen sind wir dabei nachgegangen: Wie steht es mit der transnationalen Vernetzung von lateinamerikanischen Gewerkschaften mit Kolleg*innen in anderen Regionen? Welche Rolle spielen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht im Arbeitskampf? Bei der Untersuchung dieser Leitfragen wollen wir immer im Blick behalten, wie lateinamerikanische Gewerkschaften Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung zu überwinden helfen können.

In einem Artikel stellen wir die bereits erwähnte Lehrer*innengewerkschaft CNTE aus dem mexikanischen Budnesstaat Oaxaca und ihre aktuellen Kämpfe vor. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie Gewerkschaften einerseits selbst enorme interne Widersprüche aufweisen, aber auch immer wieder von Repression und Kriminalisierung bedroht werden (Seite 6).

In einem Interview berichtet Nélida Reyes Guzmán von einer Frauengewerkschaft der U-Bahn von Mexiko-Stadt, die sich gegen Korruption und machistische Machtstrukturen innerhalb der Hauptgewerkschaft zur Wehr setzen (Seite 11).

Um – ebenfalls meist weibliche – Hausangestellte in Brasilien geht es in einem weiteren Artikel. Nicht zuletzt wegen der langen Geschichte der Sklaverei in Brasilien leben Hausangestellte meist im Haus ihrer Dienstherr*innen und sind oft besonders stark von einer dreifachen Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Klasse und ihrer Ethnizität betroffen. Sexuelle Gewalt gegen sie ist weit verbreitet und wird häufig bagatellisiert. Wir zeigen, wie es um die gewerkschaftliche Organisation von Hausangestellten steht und wie sie sich gegen Ausbeutung wehren (Seite 15).

Welche Bedeutung internationale Kooperation für gewerkschaftliche Arbeit bedeutet, und was aus ihr gelernt werden kann, verdeutlicht das Beispiel einer nunmehr 30-jährigen Partnerschaft zwischen Gewerkschafter*innen in Mannheim und in der ABC-Industrieregion in São Paulo, Brasilien. Wir sprechen mit den Protagonist*innen, die diese Kooperation in den 1980er Jahren begründet haben (Seite 17).

Doch was geschieht, wenn die Arbeiter*innen selbst die Kontrolle im Betrieb übernehmen? Insbesondere in Argentinien haben Arbeiter*innen zahlreiche Betriebe, die nach der Wirtschaftskrise

## Welche Rolle spielen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht im Arbeitskampf?

2001 von der Schließung bedroht waren, besetzt und führen sie in Eigenregie weiter. In einer Reportage schildern wir den Alltag in einem solchen Betrieb (Seite 20), in einem Interview kommt ein Protagonist dieser Bewegung zu Wort (Seite 27). Zudem sprechen mit einem Wissenschaftler, der sich mit diesem Phänomen, das längst in mehreren Ländern des Cono Sur Früchte zu tragen beginnt (Seite 30). Auch ein Buch zur Betriebsbesetzung in Argentinien wird vorgestellt, sodass Leser*innen Thema gegebenenfalls vertiefen können.

In drei weiteren Interviews schildern Gewerkschafter*innen und Arbeitsrechtler*innen die aktuellen Arbeitskämpfe, die Arbeiter*innen in Lateinamerika derzeit austragen. Der Arbeitsrechtler Sergio Chávez erklärt, mit welchen Problemen Maquila-Arbeiter*innen in der Textilindustrie Zentralamerikas konfrontiert sind (Seite 32). Maria Miranda und Liroy Pérez Pérez von der costa-ricanischen Hafengewerkschaft Sintrajap berichten von der Repression gewerkschaftlicher Organisation in der vermeintlichen „Schweiz Zentralamerikas" (Seite 36). William Mendoza berichtet von den Kämpfen der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal, die sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei Coca Cola einsetzt, wobei mehrere Kolleg*innen der Gewerkschaft bereits von Paramilitärs ermordet wurden (Seite 39).

Der gefährlicher Einsatz der hier vorgestellten Gewerkschafter*innen für grundlegende Arbeitsrechte, ihr Widerstand gegen Repressionen spiegeln die Brutalität kapitalistischer Ausbeutung wieder. Doch ihre Kämpfe inspirieren und ermutigen auch dazu, diese Zustände nicht hinzunehmen.

**// LN**

Foto: Eneas De Troya, CC BY 2.0

# STAATSFEIND NR. 1

DIE LEHRER*INNENGEWERKSCHAFT CNTE IST ZIELSCHEIBE STAATLICHER DISKREDITIERUNG UND REPRESSION IN MEXIKO

**Die CNTE, die oppositionelle Strömung der mexikanischen Lehrer*innengewerkschaft SNTE, weist zahlreiche interne Widersprüche auf. Dennoch ist sie die gesellschaftliche Speerspitze gegen neoliberale Reformen und Verteidigerin der Rechte der armen Bevölkerung, besonders die Sektion 22 im Bundesstaat Oaxaca. Seit der Verabschiedung der Bildungsreform steht sie besonders unter Druck.**

„Sie haben uns behandelt wie den letzten Dreck", ruft die Sekretärin Itandehui N. empört. So schildert sie den *Lateinamerika Nachrichten*, wie sie tags zuvor, am 17. August, im Staatlichen Bildungsinstitut Oaxacas IEEPO ihren letzten Arbeitstag hatte. Vor dem Gebäude des IEEPO stehen seit einem Monat mehrere hundert Polizist*innen in Kampfmontur Wache, seit die Regierung beschloss, die Macht der unbequemen Lehrer*innengewerkschaft in Oaxaca mit militärischen Mitteln zu brechen. Als „Blitzkrieg gegen die Lehrer" bezeichnete der bekannte Journalist Luis Hernández das Regierungshandeln. „Bei jedem Arbeitsplatz war ein Notar, die 800 in der Lehrergewerkschaft organisierten Mitarbeiter*innen mussten ihren Schreibtisch unter genauester Aufsicht räumen. Der Notar begutachtete jedes Blatt, jeden Kugelschreiber, und entschied, ob es ein persönlicher Gegenstand sei oder der Institution gehöre. „Mehrere Kollegen und Kolleginnen ertrugen diese despotische Behandlung nicht und erlitten Nervenzusammenbrüche", so Itandehui. Das Verwaltungspersonal wird ab Schuljahresbeginn in Schulen eingesetzt. Kein gewerkschaftlich organisiertes Personal soll mehr in der Verwaltung, keine Lehrperson hauptamtlich in der Gewerkschaft tätig sein, so das Vorhaben der Regierung. Es ist Teil der großen Bildungsreform, die nach der dafür notwendigen Änderung der Verfassung 2014 vom mexikanischen Bundesparlament beschlossen wurde (siehe *LN* 469/470).

Seither befindet sich ein Teil der Nationalen Gewerkschaft der Erziehungsarbeiter SNTE, mit über einer Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft Lateinamerikas, in Dauermobilisierung gegen die Reformmaßnahmen. Bei diesem Teil handelt es um die CNTE, die oppositionellen Strömung innerhalb der SNTE, welche rund 200.000 Lehrer*innen vertritt. 1979 gegründet, repräsentiert sie den Teil des Lehrpersonals, das die korporativistische Anbindung an die Revolutionäre Institutionelle Partei (PRI) – über 70 Jahre quasi Staatspartei – und die antidemokratischen, korrupten Strukturen des SNTE nicht hinnehmen wollte. Ihre Mitglieder pflegen meist ein klassenkämpferisches Vokabular, viele der lokalen Untergruppen haben einen zapatistischen, maoistischen, sozialistischen oder sogar offen stalinistischen Hintergrund. Besonders in ländlichen Regionen mit niedrigem Bildungsgrad gelten die Lehrer*innen traditionell als lokale Autoritäten, die es auch als ihre Aufgabe sehen, die Bevölkerung vor den Begehrlichkeiten des Staats und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Eliten zu schützen. So ist die CNTE vor allem in den südlichen, extrem armen, indigen geprägten Bundesstaaten wie Chiapas, Guerrero oder Michoacán stark vertreten. Und in Oaxaca, wo die lokale Sektion 22 mit einer Mitgliederzahl zwischen 75.000 und 83.000 (genaue offizielle Zahlen gibt es nicht) die größte organisierte gesellschaftliche Gegenmacht zum Staat darstellt und ihr Mobilisierungspotenzial immer wieder beweist, nicht nur bei Bildungsthemen.

Kein Thema erhitzt die Gemüter in Oaxaca so sehr wie das der *maestros*. Auf allen Kanälen werden die Lehrer*innen beschimpft und als „faule Dauerdemonstranten" denunziert, die

◀ **Presente!**
CNTE-Demo in Mexiko-Stadt

das Wohl der Schüler*innen ihren Eigeninteressen unterordneten. Die Sektion 22 wird als „korrupt", „mafiös", „Organisierte Kriminalität" oder rundweg „terroristisch" bezeichnet, ihr müsse endlich der Garaus gemacht werden, predigen die Leit- und Lokalmedien seit Jahren. Die Kampagne ist orchestriert von der unternehmernahen Lobbyvereinigung Mexicanos Primero. Deren Reformvorschläge waren Blaupause für die Verfassungsreform im Bildungswesen, einige Passagen wurden gar wortwörtlich übernommen. Dagegen halten die Lehrer*innen – und in sozusagen jeder größeren Familie Oaxacas ist dieser Berufsstand vertreten – ihr aufopferndes Engagement für die zukünftigen Generationen. Oft sind die Arbeitsbedingungen alles andere als einfach. Stundenlange Anreise für Lehrpersonal und Kinder, fehlende Lehrmittel und prekäre Einrichtungen, Unter- und Fehlernährung sind nur einige Stichworte. Die Gewerkschaft hat mit ihren regelmäßigen Streiks und Blockaden eine Reihe von Verbesserungen erzwungen, auch aber nicht nur für die Lehrkräfte: Die obligatorischen Schuluniformen sind gratis, in vielen Schulen ermöglicht ein bescheidenes Frühstück erst das Lernen der Kinder, die kulturelle Vielfalt wird in den Lehrplan einbezogen.

Kein Thema erhitzt die Gemüter in Oaxaca so sehr wie das der *maestros*.

Für ihr Engagement und ihren Aktivismus mussten und müssen die Lehrer*innen oft teuer bezahlen. Polizei und regierungsnahe bewaffnete Gruppen gehen häufig mit brutaler Gewalt gegen sie vor. Verprügelte oder festgenommene Lehrer*innen gibt es quasi monatlich, auch Tote gab es in den letzten Jahren immer wieder. Prominentes Beispiel dafür sind die 43 „verschwundenen" Lehramtsstudenten in Guerrero, die der CNTE nahe standen – genauso hätte dies in Oaxaca passieren können.

Wenn die Kampagne der Regierung trotzdem teilweise verfängt, dann hat das auch mit berechtigten Kritiken zu tun, auf welche die Gewerkschaft ungenügend oder gar nicht reagiert. Besonders, wenn es um den Machismo: Obwohl zwei Drittel der Lehrkräfte Frauen sind, ist der Generalsekretär der CNTE immer ein Mann, und nur in den mittleren Kadern ist die eine oder andere Gewerkschafterin zu finden. Auch Korruption, Vetternwirtschaft, insbesondere das Vererben von Arbeitsstellen an die eigenen Kinder, sind Kritikpunkte. Zudem ist die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft nicht freiwillig, und die Teilnahme an den Protestaktionen, welche in der Vollversammlung der Delegierten beschlossen werden, wird per Namensliste nachgeprüft. Die Gewerkschaft verfügte bis zur Bildungsreform dabei über profunde Sanktionsmittel gegenüber Unwilligen, denn die Auszahlung der Gehälter erfolgte über die Gewerkschaft, Strafversetzungen fernab der Familie waren keine Seltenheit. Bei aller berechtigten Kritik darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Missstände auch in regierungstreuen, nach altem korporativistischen Muster organisierten Berufsverbänden Mexikos Standard sind. Immerhin sind Spitzenämter zeitlich begrenzt, das Führungspersonal kann per Versammlung abgewählt werden, wovon die Basis zuletzt Anfang September Gebrauch machte.

Was die Bevölkerung in Oaxaca angeblich am meisten gegen die Lehrer*innen aufbringt, sind die vielen Schultage, welche durch die Streiks und Protestaktionen verloren gehen. Nicht zuletzt sind die oft kurzfristig einberufenen schulfreien Tage für arbeitende Eltern eine logistische Herausforderung. Mexicanos Primero hat vorgerechnet, dass in den letzten 21 Jahren drei komplette Schuljahre in Oaxaca verloren gegangen seien. Das Recht der Kinder auf Ausbildung sei prioritär, aber der Lehrer*innengewerkschaft gehe es in keiner Weise um Pädagogik, sondern nur um ihre Privilegien, so der Tenor. Die Lehrerin Vicky N., tätig in einer verarmten Vorortsgemeinde von Oaxaca-Stadt, schildert die Beziehungen zu den Eltern dagegen ganz anders: „Wir informieren in Elternversammlungen über die anstehenden Mobilisierungen, erklären ihnen die legitimen Forderungen der Gewerkschaft und verhandeln anschließend mit ihnen, wann wir alle Schulstunden nachholen, sei dies nachmittags, an Samstagen oder an Ferientagen. Es kommt auch vor, dass wir Lehrkräfte uns zwischen Mobilisierung und Unterricht abwechseln, einander aushelfen. So haben wir bisher immer ein gutes Einvernehmen mit den Eltern erzielt".

Bei allen Gesprächen mit Eltern oder mit Lehrer*innen ist unbestritten, dass der Staat seiner Verantwortung nicht nachkommt und die Schulen über ungenügende Mittel verfügen, um

◀ **Militarisiert**
Soldaten sichern das Staatliche Bildungsinstitut Oaxaca

den Kindern eine vernünftige Bildung zu ermöglichen. Andererseits meint der Großteil aber auch, dass die vorherrschenden pädagogischen Konzepte der Lehrer*innen veraltet und sich viele Kampfformen der Gewerkschaft überlebt haben. Die gewaltsame Entkoppelung von Bildungsinstitut und Sektion 22, so sehr auch die Kritik an der Methode berechtigt ist, wird zeigen, wie viele der Lehrer*innen tatsächlich aktiv ihre Gewerkschaft unterstützen. Der bürokratische Gewerkschaftsapparat wird durchgeschüttelt, was hoffentlich zu neuen, kreativeren Aktionen beiträgt. Die Gefahr ist jedoch groß, dass die momentane Lähmung der Gewerkschaft Stück für Stück ausgenutzt wird, um die Lehrer*innen immer weiter in das neoliberale Leistungsmodell zu zwängen. Dazu gehören repressive Evaluationen (bei schlechtem Abschneiden droht Stellenverlust), Lohnabzug bei Streiktagen und drohende Kündigung nach dreitägigem Fehlen. Ob diese Zwangsformen zu einer besseren Qualität der Schulbildung beitragen, ist zweifelhaft. Anlässlich der Einweihungszeremonie des neuen Schuljahrs Ende August 2015 unterbrach die Lehrerin und „stolze Gewerkschafterin" Anabel Aguilar Ibáñez Oaxacas Gouverneur Gabino Cué mit den Worten: „Was wir brauchen, ist eine wirkliche Bildungsreform, nicht eine Arbeitsreform!"

Anders als vom Staat und staatsnahen Medien behauptet, setzt die CNTE nicht nur auf Abwehrmaßnahmen, sondern beteiligt sich durchaus konstruktiv. Zum Kern des Problems, der Bildung, hat die Gewerkschaft in 37 partizipativen Regionalforen eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet und diese im *Plan zur Transformation der Bildung Oaxacas* (PTEO) zusammengefasst. Dabei geht es kurz gesagt darum, in der Schule der kulturellen Vielfalt und den sozioökonomischen Herausforderungen in dem bäuerlich und indigen geprägten Bundesstaat gerecht zu werden. Denn Verkehrsampel-Aufgaben in mexikoweit standardisierten Evaluationen machen in Gemeinden ohne Straßen für die Schüler*innen nun mal keinen Sinn, ebenso wenig wie höhere Algebra bei knurrendem Magen.

Dass es auch anders geht, zeigt die Umsetzung des PTEO in der ländlichen Gemeinde San Pedro Amuzgos. Elena Tapia Vásquez, lokale Vertreterin der Menschenrechtsorganisation CODIGO DH, schildert die Präsentation der Arbeiten in der Sekundarschule am Ende des Schuljahrs 2014/15: „Die Jugendlichen arbeiteten in Projektgruppen zum Thema Wertschätzung der Sprache und Kultur der Amuzgo-Indigenen. Dazu studierten sie drei Monaten lang unter anderem die Themen traditionelle Architektur, Kaffee-Anbau, Baumwolle und deren Verarbeitung an den Webstühlen. Das Weberei-Projekt wurde vom Mathematiklehrer angeleitet, denn Webtechnik ist pure Mathematik. Die Ergebnisse wurden vor der versammelten Gemeinde vorgetragen. Auch kombinieren heute konsequenterweise die Schülerinnen die Schuluniform mit dem *huipil*, der traditionellen Tracht. Diese alternativen Unterrichtsformen seien nicht konfliktfrei eingeführt worden, meint Elena Tapia. Viele Eltern sähen darin einen puren Zeitverlust, das klassische Lesen, Rechnen und Auswendiglernen von Geschichtsdaten sei ihnen wichtiger.

Deshalb müsste im Dialog mit den Eltern ein Gleichgewicht zwischen dem offiziellen Lehrplan und der alternativen Projektarbeit gefunden werden, meint die junge Anwältin.

Ganz im Gegensatz zur Umsetzung von neuen pädagogischen Methoden im indigenen Hinterland hat die militärische Besetzung des IEEPO und dessen Gleichschaltung mit der Bildungsreform dazu geführt, dass lokale Errungenschaften aus dem Organigramm fielen. Was nicht Teil der Struktur der zentralen Bildungsministeriums ist, wurde über die Sommerferien schlicht abgeschafft. So löste die Regierung beispielsweise das Zentrum für das Studium und die Entwicklung der indigenen Sprachen Oaxacas (CEDELIO) auf. Laut indigenen Lehrkräften und Vertreter*innen des lokalen Sekretariats für Indigene Angelegenheiten (SAI) war das CEDELIO während 17 Jahren ein wichtiger pädagogischer Pfeiler für die bilingualen Schulen im Bundesstaat.

Gegen diese kulturelle Autonomie, gegen diesen politischen Widerstand setzt die Regierung seit drei Monaten massiv Militär und Polizei ein. Dass es dabei um das Wohl der Jugend geht, mag bezweifelt werden. Vielmehr ist die Neutralisierung der Gewerkschaftsopposition CNTE ein wichtiger Etappensieg für Präsident Enrique Peña Nieto zur Kontrolle des Bundesstaats. Und da in Oaxaca 2016 Gouverneurswahlen stattfinden, hilft die Präsenz von über 10.000 Bundespolizist*innen ganz zufällig auch der Repositionierung seiner Partei PRI, welche unbedingt den Bundesstaat zurückgewinnen will. 2010 verlor die PRI erstmals den Gouverneursposten, sie unterlag einer Allparteien-Allianz unter Führung von Gabino Cué. Vorausgegangen war dieser historischen Niederlage der Volksaufstand von 2006. Nach brutaler Repression gegen streikende CNTE-Lehrer*innen solidarisierten sich große Teile der Bevölkerung; es entwickelte sich eine Dynamik, die in der mehrmonatigen Vertreibung der Regierung aus der Hauptstadt des Bundesstaats gipfelte. Unter dem Namen Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO) – mit der Sektion 22 als maßgebliche r Stütze – übte sich die Bevölkerung in Selbstorganisation, bis die Bundesregierung mit der Entsendung von Bundespolizei und Militär dem urdemokratischen Experiment ein blutiges Ende setzte. Mindestens 25 Aktivist*innen wurden ermordet.

Doch die mit viel Hoffnung begleitete politische Transition unter Cué ist kläglich gescheitert, die PRI bereitet sich auf ihre Rückkehr vor, wie immer mit einer Mischung aus Almosen und Repression, die die Bevölkerung spalten soll. Andererseits zeigt die Geschichte Oaxacas, dass die gut organisierten Lehrer*innen niemals unterschätzt werden sollten. „Die Lehrer*innen sind ein Faktor zugunsten der Regierbarkeit im Bundesstaat. Wenn sie gedemütigt werden, könnte sich dies ins Gegenteil wandeln", kommentierte Luis Hernández in der Tageszeitung *La Jornada*. Der Machtkampf ist noch nicht entschieden, Oaxaca bleibt ein Pulverfass.

**// Philipp Gerber**

▲ **Unbeliebt** Protestaktion gegen Bildungsminister

# „NARCOS HABEN EIN BESSERES IMAGE ALS WIR“

INTERVIEW MIT NÉLIDA REYES GUZMÁN, DIE SICH SEIT ÜBER 30 JAHREN FÜR DIE RECHTE DER METRO-FAHRKARTENVERKÄUFER*INNEN IN MEXIKO-STADT EINSETZT

**Sie sind das Gesicht der Metro. Die 2.000 Fahrkartenverkäufer*innen in der U-Bahn von Mexiko-Stadt bestehen zu über 90 Prozent aus Frauen, meist alleinerziehende Mütter. Ihr Arbeitsalltag ist durch schlechte Vertragsbedingungen, Beschimpfungen der Fahrgäste und die Repression seitens des Transportunternehmen und der Nationalen Gewerkschaft der Arbeiter des öffentlichen Verkehrssystems (SNTSTC) geprägt. Im Gespräch mit *LN* schildert Nélida Reyes Guzmán, wie die offizielle Gewerkschaft ihren Einsatz für Arbeitsrechte und eine gendersensible Perspektive seit Jahrzehnten gewaltsam unterdrückt – und warum sie trotzdem weiterkämpft.**

**Sie setzen sich seit Jahrzehnten für Arbeitsrechte in der U-Bahn ein. Die Gewerkschaft SNTSTC, die dies eigentlich tun sollte, kritisieren Sie dabei stark. Welche Rolle spielt die Gewerkschaft?**

Wir leiden unter der Gewerkschaft des öffentlichen Verkehrssystems und ihrem Vorsitzenden, Fernando Espino Arévalo. Er hat seit 34 Jahren das Sagen. Er wurde mittels eines *charrazos* (direkte Einflussnahme der Regierung auf Personalentscheidungen der Gewerkschaft, Anm. d. Red.) eingesetzt. Die damalige Regierung der Hauptstadt hatte das mit ihm ausgehandelt, um eine demokratisch legitimierte Gewerkschaft zu zerschlagen. Denn damals gab es eine Gewerkschaft, die Arbeitsrechte gestärkt und viele Fortschritte, wie beispielsweise Darlehen, Kinderbetreuung, zusätzliche Urlaubstage oder die Beschaffung der Arbeitskleidung, erzielt hat. Das passte der Regierung nicht und sie unterstützte die gewaltsame Einsetzung von Espino. Unser Bereich, der Fahrkartenverkauf, musste am meisten einstecken. Er wird seitdem am gewaltvollsten unterdrückt. Beispielsweise wird uns seit zwei Jahren versprochen, den Lohn anzugleichen. Denn wir verkaufen mittlerweile nicht nur U-Bahn-Fahrkarten, sondern laden auch die Fahrkarten für den Metrobus und den Fahrradverleih auf. Aber nichts ist passiert. Das Schlimmste ist, dass die Gewerkschaft die Kontrolle über unseren Bereich hat.

**Wie gelingt ihr das?**

Die Gewerkschaft ist mit der Regierungspartei PRI verbunden und das stattet sie mit Macht aus. Wir kämpfen gegen die Korruption der Gewerkschaft, die sich in die Metro eingenistet hat und über die Besetzung von Arbeitsplätzen alle Bereiche kontrolliert. Die Fahrkartenverkäuferinnen geben Fernando Espino politische Unterstützung. Wenn er mobilisiert, gehen sie demonstrieren. Er hält sie sich mit Versprechen warm. Er bedient sich dabei eines Kodex, der bislang seinen Nutzen erfüllt. Er definiert die Fahrkartenverkäuferinnen und alle anderen Frauen in der U-Bahn als Teil der „Familie Metro“. Die Leute hängen diesem Glauben an. Innerhalb einer Familie mag und versteht man sich. Sie sehen sich als Teil einer Organisation, als Rechtssubjekte. Das funktioniert auch, weil Espino Arbeitsplätze an enorm viele Leute vergibt, die ihm nahe stehen: an Bekannte, Freunde und vor allem Familienangehörige. Die 22 am besten vergüteten Stellen sind durch seine Familienangehörigen besetzt. Die Gewerkschaftsvertreter nutzen auch Vorurteile, die in der Gesellschaft existieren, um unsere Rechte einzuschränken.

**Können Sie ein Beispiel geben?**

Einige Arbeiterinnen geben den Fahrgästen zu wenig Geld oder Fahrkarten heraus. Sie werden nicht bestraft. Warum? Es hat lange gedauert, bis ich verstanden habe, dass dahinter auch ein politischer Grund steckt. Auf diese Weise bekommen wir ein Stigma auferlegt. Wenn einige von uns die Kunden betrügen, heißt es schnell, dass wir alle

das machen. Dann werden uns auch unsere Rechte abgesprochen. Wenn ich die undemokratischen Strukturen der Gewerkschaft kritisiere, muss ich mir anhören: „Warum forderst gerade Du das ein, wo Ihr doch korrupt seid und stehlt!" Im sozialen Ansehen haben wir einen schrecklichen Abstieg hinter uns. Vielleicht genießen Narcos mehr Ansehen als wir! Sehr wenige können sich vorstellen, dass es unter uns auch Frauen gibt, die für ihre Rechte und Demokratie kämpfen.

**Wie geht die SNTSTC mit Angestellten um, die sich nicht unterordnen?**
Fernando Espino hat stets mit Gewalt und Unterdrückung reagiert. Ich selbst habe das oft erlebt. 1987 wurde ich zu einer Protestkundgebung eingeladen, auf der die antidemokratischen Tendenzen in der U-Bahn kritisiert wurden. Kollegen überredeten mich dort, an einem Gespräch im Innenministerium teilzunehmen. Ich stolperte regelrecht hinein und betonte mehrmals, dass ich keine Gruppe vertrete. Der Minister und die Gewerkschaft haben es wohl trotzdem als Angriff verstanden. Acht Tage nach dem Gespräch schoss ein Unbekannter durch die Scheibe der Verkaufsstelle auf mich. Als ich schon auf dem Boden lag, gab er noch zwei Schüsse ab. Im Krankenhaus mussten mir Glassplitter aus der Haut und den Augen entfernt werden. Ich habe zwar keine Belege, habe das aber als politisch motivierten Anschlag auf mein Leben begriffen. So als ob mir gesagt wird: „Du mobilisierst, hier hast Du die Antwort!"

**Sie haben trotzdem weiter gemacht...**
Einige Fahrkartenverkäuferinnen haben sich in der Koordination der Demokratischen Arbeiterinnen organisiert. Als wir 1989 Faltblätter verteilten, kam Fernando Espino mit anderen Gewerkschaftsfunktionären in den Verkaufsbereich. Er ordnete an, uns zu schlagen. Eines Tages haben sie uns von der Polizei abführen lassen, weil wir angeblich eine Arbeiterin zusammengeschlagen und bestohlen hatten. Sie führten uns getrennt ab, schüchterten uns damit ein, dass wir fünf Jahre eingesperrt und unsere Familien nicht wieder sehen würden. Mit Hilfe einer Menschenrechtsverteidigerin, die Kontakt zur Staatsanwaltschaft hatte, wurden wir freigelassen. Am nächsten Tag ließen sie uns die Arbeit nicht antreten und beschuldigten uns, unberechtigterweise nicht zur Arbeit gekommen zu sein. Dann wurden nach und nach Mitglieder unserer Gruppe entlassen.

**Sie haben damals mit einem Hungerstreik die Wiedereinstellung erlangt. Die Arbeitsbedingungen sind aber nicht besser geworden...**
Nein, überhaupt nicht. Nach dem Hungerstreik hat die Gewerkschaft mit Rebeca Hassan Barrera eine frauenfeindliche Abteilungsleiterin eingesetzt, die das gewerkschaftliche Patriarchat unterstützt. Sie sanktioniert uns regelmäßig mit Lohnabzug. Deswegen haben wir 2011 bei der Menschenrechtskommission von Mexiko-Stadt eine Beschwerde eingereicht.

**Worüber genau haben Sie sich beschwert?**
Einerseits wollten wir auf die Gewalt durch die Fahrgäste aufmerksam machen. Zum Beispiel, wenn es kein Wechselgeld gibt. Die Leute rasten aus, beschimpfen uns, manche spucken sogar in das Fenster. Anstatt diese Personen zu bestrafen, werden sie umsonst durch das Drehkreuz gelassen. Es wurden bereits Kassiererinnen geschlagen, weil sie zur Toilette gegangen sind und die Leute warten mussten. Es gibt keine Toiletten in unserem Verkaufsraum, nur in der neuen U-Bahnlinie 12 wurden sie eingerichtet. In den anderen Stationen gibt es nur auf einer Bahnsteigseite Toiletten. Nicht immer gibt es eine zweite Verkäuferin, dann müssen wir schließen und in zwei, drei Minuten hat sich eine Riesenschlange angestaut. Wenn sich Fahrgäste über uns beschweren, sanktioniert die Abteilungsleitung das mit Lohnabzug. Wir werden einbestellt und die leistungsabhängigen Anteile des Lohns, gute 2.000 Pesos (105 Euro, Anm. d. Red.), werden uns abgezogen. Wir sind ungefähr 2.000 Arbeiterinnen und damit eine riesige Einnahmequelle. Wir haben die Beschwerde aber auch wegen einer weiteren Form des Lohnabzugs eingereicht. Abends kommen Prüferinnen, um den Tagesumsatz zu zählen. Sehr oft behaupten sie, dass wir Geld unterschlagen haben. Natürlich können einmal Rechenfehler passieren, aber ich unterschlage nichts.

**Hat die Beschwerde etwas bewirkt?**
Die Menschenrechtskommission hat angemerkt, dass uns die Fehlbeträge angelastet werden, ohne dass Belege für unsere Schuld existieren. Erstmals wurde diese Praxis hinterfragt. Für uns war es schon allein ein großer Erfolg, dass uns jemand

Foto: CMDPDH, Kampagne Haz que se vean

## NÉLIDA REYES GUZMÁN

arbeitet seit mehr als 30 Jahren als Fahrkartenverkäuferin in der U-Bahn von Mexiko-Stadt. Bereits kurz nach Arbeitseintritt 1983 begann sie, sich für eine Demokratisierung und eine Stärkung von Frauenrechten in ihrem Arbeitsumfeld einzusetzen. In der Folge drangsalierten sie ihr Arbeitgeber und die Gewerkschaft SNTSTC. Sie unterstellten ihr mehrfach, Einnahmen gestohlen zu haben und setzten sie sieben Jahre lang als Urlaubsvertretung ohne feste Arbeitsorte und -zeiten ein. Nélida Reyey engagiert sich in der Gruppe Intersindicalistas, Trabajadoras de taquilla, STC, México, D.F., in der sich Frauen aus verschiedenen Gewerkschaften gegen ihre ökonomische und geschlechtsspezifische Diskriminierung einsetzen.

angehört und sich ein eigenes Urteil gebildet hat. Die einzige Form, gehört zu werden, besteht darin, das Problem in die Öffentlichkeit zu tragen. Und zwar an die Institutionen im Menschenrechtsbereich, nicht im Arbeitsrecht. Im Arbeitsministerium gibt es viel Korruption. Es folgten ein Artikel in der Wochenzeitschrift *Proceso*. Dann ein Radiointerview. Natürlich hat uns das auch viele Nerven gekosten. Denn schon vor dem Interview hat mir das Unternehmen die Kosten für einen kaputten Ventilator und eine Tastatur von meinem Gehalt abgezogen. Sie waren durch Abnutzung kaputt gegangen. In einem Monat wurde ich viermal einbestellt, es war ein unglaublicher Druck. Jedes Mal, wenn es Kontrollen gab, wurde ich sanktioniert. Aber nach dem Interview hat der damalige Direktor unserer Koordinatorin Rebeca Hassan Barrera gekündigt. Das war eine Erholung für uns!

**Wie hat die SNTSTC auf diese Kritik reagiert?**

Nach dem Radiointerview ist die SNTSTC in einer Publikation auf unglaublich vulgäre Weise über meine Mitstreiterinnen und mich hergezogen. „Die Nélidas und Guadalupes haben die Angestellten schlecht gemacht. Sie regen sich über alles und jeden auf, weil sie niemanden haben und allein sind. Deswegen gieren sie danach, dass jemand sie endlich wieder anfasst, etwas wie in eine Handpuppe in sie hineinsteckt." An allen Verkaufsstellen, Kantinen, Bahnsteigen klebte das. Wir haben mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, u.a. Fernando Espino, wegen Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt angezeigt. Als wir das sahen, wussten wir, dass sich das letztlich nicht nur gegen uns richtet. Das ist das Frauenbild, das in der Gewerkschaft vorherrscht. Es ist ein Extrembeispiel für die machistische Kultur, die in Feminizide mündet. Die Kultur der Erniedrigung der Frau.

**Hat diese Klage Aussicht auf Erfolg?**

Die Klage ist anhängig. Es gab eine Untersuchung des Dokuments, weil über das Layout und den Druck auf den Urheber geschlossen werden kann. Die SNTSTC streitet ab, dass ihre Mitglieder verantwortlich sind. Wir wissen aber genau, wer diese Art Dokumente veröffentlicht. Den Gutachtern wurde der Zutritt zur Druckerei der Gewerkschaft verwehrt. Hilfreich ist, dass Fernando Espino in den Wahlen 2015 eine Niederlage einstecken musste. Im September wird er dadurch seine Immunität verlieren, die ihn bislang vor Strafverfolgung geschützt hat. Es liegen mehrere Anzeigen wegen Sabotage gegen ihn vor. Denn immer, wenn es einen Konflikt mit dem Unternehmen gibt, funktioniert der Ablauf in der U-Bahn auf wundersame Weise nicht. Wir haben aber auch die

Befürchtung, dass der Regierende Bürgermeister Miguel Ángel Mancera, der Präsidentschaftskandidat werden möchte, zu viele Zugeständnisse an die Gewerkschaft macht. Der aktuelle Direktor der Metro, der ehemalige Vorsitzende der Partei PANAL, wird Espino schützen. Das ist ein großer Rückschritt. Die Abteilungsleiterin Rebeca Hassan Barrera hat er auch wieder eingestellt.

**Gibt es eine andere Gewerkschaft, die eine Alternative darstellt?**

Für die Gewerkschaften ist es sehr wichtig, dass das Unternehmen sie anerkennt, deswegen wollen sie sich nicht zu kämpferisch zeigen. Ich bin in der Gewerkschaft Sindicato Único Democratico, aber nach Austritten hat sie nun den Status als Gewerkschaft verloren. Auch dort fehlte Kampfgeist und die Kraft, um wirksame Aktionen umzusetzen. Gerade hat die neue Unabhängige Demokratische Gewerkschaft (SDI) viel Aufwind. In unserem Bereich hat sie die meisten Mitglieder. Hoffentlich verlassen viele die SNTSTC. Es ist aber sehr schwierig, mit der Herrschaft so vieler Jahre zu brechen. Als wir unsere Gewerkschaft gründeten, waren wir 50 Mitglieder. Aber 50, die sich der Kontrolle der SNTSTC entzogen! Das war ein Schlag für die Gewerkschaft: Sie bot den Dissidenten Arbeitsplätze und Darlehen an und viele kehrten zurück.

**Wie sieht es in puncto Frauenrechte bei den anderen Gewerkschaften aus?**

Es gibt keine Gewerkschaft, die eine Genderperspektive vertritt. Geschlechtsspezifische Ausbeutung wird nicht anerkannt. Stattdessen herrschen eine maskulin geprägte Sichtweise und eine patriarchale Kultur vor. Die Probleme, die wir als Fahrkartenverkäuferinnen haben, lassen sich besser verstehen, wenn man diese Kultur einbezieht. In diesem Ausbeutungssystem ist es nützlich, uns als konfliktive und verrückte Frauen darzustellen. Es ist ein Wahnsinn, dass die Gewerkschaften nur den ökonomischen Teil betrachten. Natürlich ist es wichtig, dass unsere Arbeit finanziell anerkannt wird. Aber es müssen auch Frauenrechte anerkannt werden. Ich engagiere mich in der Gruppe Intersindicalistas, in der sich Frauen aus verschiedenen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Die Unabhängige Demokratische Gewerkschaft möchte nun, dass wir uns ihnen anschließen. Dafür muss die Gewerkschaft aber ihr Konzept von Arbeit erweitern und Frauenfragen einbeziehen. Die patriarchale Sichtweise ist sehr eindimensional, die Frauen stehen immer in zweiter Reihe, sind Unterstützung, Mittel, Objekt, damit andere wachsen. Wir müssen aber alle wachsen, wir sind lebendige Frauen, wir denken, glauben, fühlen!

**// Interview: Eva Bräth**

# „SIE GEHÖRT DOCH ZUR FAMILIE!“

DIE GEWERKSCHAFT FENATRAD KÄMPFT FÜR DIE RECHTE DER HAUSANGESTELLTEN IN BRASILIEN

**127 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei gehört die Sklav*innenarbeit immer noch zum brasilianischen Alltag. Nicht nur in Form von rechtlosen und unbezahlten Arbeitssklav*innen auf großen Fazendas oder in illegalen Kleinbetrieben, sondern häufiger noch in bürgerlichen Haushalten. Auch die jüngste Verfassungsreform des Arbeitsrechts im Juni 2015 garantiert den Hausangestellten und ihrer Gewerkschaft nicht dieselben Rechte wie anderen Berufsgruppen. Und 43 Jahre nach der Einführung formeller Arbeitsverhältnisse besitzt nur ein Viertel aller Hausangestellten einen Arbeitsvertrag.**

„Wir haben kein Geld! Das ist es, was wir immer von Arbeitgebern hören. Vor allem von denen, die jedes Jahr ein neues Auto kaufen. Viele geben mehr Geld für ihre Haustiere aus als für ihre Hausangestellten“, fasst Creuza Maria Oliveira, Präsidentin der Nationalen Hausangestelltengewerkschaft (Fenatrad) den Verlauf der meisten „Tarifverhandlungen“ ihrer Berufsgruppe zusammen. Sie fügt hinzu: „Was wir auch immer noch hören: Sie gehört doch zur Familie! Aber das stimmt nicht. Was ist das für eine Familie, in die man keine Kinder oder Freunde mitbringen kann? In der man nicht das Haus verlassen kann, wann man möchte? Nicht essen kann, was man will?“

▲ **Gegen moderne Sklaverei!** Creuza Oliveira (rechts) beim Marsch der Hausangestellten in Salvador de Bahía

Rund acht Millionen Menschen arbeiten nach Schätzungen von Fenatrad in privaten Haushalten, offiziell sind es 6,7 Millionen. Die meisten sind afro-brasilianische Frauen, die aus Familien mit sehr geringem Einkommen kommen. Viele von ihnen konnten maximal vier Jahre die Schule besuchen, weil sie bereits als Kind im Haushalt anderer Familien arbeiten mussten. Erst seit 2008 legt ein Dekret des damaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva das Mindestalter für die Arbeitsaufnahme auf 18 Jahre fest. Nur ein Viertel der Hausangestellten haben einen offiziellen Arbeitsvertrag, die sogenannte „carteira assinada", obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Norden und Nordosten sind es noch weniger, im Süden des Landes etwas mehr.

„Unsere Hausangestellte" – für die meisten Familien in Brasilien mit festem Einkommen gehört diese für ein reibungsloses Familienleben und den notwendigen Komfort einfach dazu, auch in der unteren Mittelschicht. Bis vor wenigen Jahren wurde von den Hausangestellten erwartet, im Haushalt zu leben, rund um die Uhr verfügbar zu sein und nur einmal in der Woche das Haus zu verlassen. Oft war der sonntägliche Kirchgang die einzige „Freizeit", die nicht verweigert wurde. Der Arbeitslohn wurde unregelmäßig gezahlt, manchmal am Ende jedes Jahres. Die Arbeitgeber*innen berechneten die Kosten von Verpflegung und Unterkunft und zogen sie willkürlich vom Lohn ab. Am Ende blieb für die Mädchen und Frauen oft gar kein Geld übrig. Familiärer und sexueller Gewalt standen sie allein gegenüber, in vielen Familien durften sie nicht einmal das Geschirr der Familie mitbenutzen, sondern mussten von speziellen Tellern essen. Verônica Ferreira von der Frauenorganisation SOS Corpo bezeichnet diese Arbeitssituation als Fortsetzung der Sklaverei: „Historisch betrachtet war die Hausarbeit die einzige Möglichkeit für schwarze Frauen, sich überhaupt in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gleichzeitig wurden ihnen die Rechte verweigert, die andere Arbeitnehmerinnen schon in den 1930er Jahren erobert hatten".

Dass unter diesen Arbeitsbedingungen die gewerkschaftliche Organisierung trotzdem gelang, ist mutigen Hausangestellten wie Creuza Oliveira zu verdanken, aber auch dem Verfassungsprozess nach der Militärdiktatur und den Regierungen der Arbeiterpartei (PT) seit 2003. „Der Prozess war sehr langsam", sagt Creuza Oliveira dazu. „Es gab schon vor 80 Jahren gewerkschaftliche Arbeit der Hausangestellten. Aber erst in der Verfassung von 1988 wurde festgelegt, dass wir auch eine Berufsgruppe sind – wenn auch mit eingeschränkten Arbeitnehmerrechten – und wir uns gewerk-

schaftlich organisieren können. Trotzdem hat es noch bis 1997 gedauert, bis wir die Gewerkschaft gegründet haben."

Seitdem hat Fenatrad viel erreicht, mehr als in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern: Bezahlung von Überstunden, arbeitsfreie Sonn- und Feiertage, eine Kündigungsfrist von zwei Wochen, das Recht auf 30 Tage bezahlten Urlaub, 72 Tage Mutterschutz, das Recht auf Rente und Kündigungsschutz für Schwangere. Creuza Oliveira sieht die gesetzlichen Bestimmungen eindeutig als Fortschritt, auch wenn sie oft missachtet oder nicht eingefordert werden: „Unsere Verbündeten in diesem gewerkschaftlichen Kampf waren vor allem die sozialen Bewegungen, aber auch die Regierungen von Lula und Dilma haben für Fortschritte gesorgt. Die anderen Gewerkschaften unterstützen uns eher symbolisch." Fenatrad ist an den größten gewerkschaftlichen Dachverband Brasiliens, die CUT, angegliedert, aber diese setzt sich zum Beispiel nicht für die internationale ILO-Konvention für Hausangestellte ein (siehe LN 447/448). „Viele Gewerkschafter sehen uns nicht als Arbeitnehmerinnen, sondern eher als Selbstständige. Und eine besondere Aufgabe liegt immer noch darin, den Hausangestellten ihre Rechte bewusst zu machen. Oft identifizieren sie sich mit der Familie, haben sogar Mitleid, wenn diese sagt, dass sie nicht mehr zahlen kann oder sie mehr arbeiten müssen", so Creuza Olivera.

Seit 2013 wird in Brasilien über die „Emenda Constitucional 72" diskutiert, eine Änderung der in der Verfassung garantierten Arbeitsrechte zu-

„Es kann nicht sein, dass wir die Arbeit von Fenatrad mit Verlosungen und Solidaritäts-Essen finanzieren müssen."

gunsten der Hausangestellten, da für sie diese bisher nur teilweise gelten. Nachdem das Gesetz im Kongress und im Senat verabschiedet wurde, unterzeichnete es Präsidentin Dilma Rousseff am 1. Juni 2015. Im Oktober 2015 tritt es in Kraft. Auch dieses Gesetz sieht die Präsidentin der Hausangestelltengewerkschaft als Fortschritt, auch wenn sie einräumt: „Es hätte besser sein können. Was wir nicht erreicht haben, ist eine wirkliche Gleichstellung mit anderen Arbeitnehmern. Sie erhalten fünf Monate Arbeitslosengeld, wir nur drei. Unser Arbeitslosengeld beträgt immer einen Mindestlohn, auch wenn wir vorher zwei Mindestlöhne verdient haben. Bei anderen Berufsgruppen richtet es sich nach dem vorherigen Verdienst." Neben dem Arbeitslosengeld sieht die Verfassungsände-

„Unsere Verbündeten in diesem gewerkschaftlichen Kampf waren vor allem die sozialen Bewegungen."

rung 72 auch eine gesetzliche Unfallversicherung, eine Nachtzulage und einen Arbeitgeberanteil zur staatlichen Rentenversicherung vor. Schwierig bleibt die Gesetzeslage auch für die gewerkschaftliche Arbeit: Bei anderen Berufsgruppen wird der Gewerkschaftsbeitrag einmal im Jahr von den Arbeitgeber*innen vom Gehalt abgezogen und an die Gewerkschaft abgeführt. Fenatrad ist auf freiwillige Monatsbeiträge der Hausangestellten angewiesen. Im August führte die Gewerkschaft dazu Gespräche mit dem Sekretariat für Frauenpolitik im Präsidentenamt, um eine Anhörung der Präsidentin zu erreichen. „Es kann nicht sein, dass wir die Arbeit von Fenatrad mit Verlosungen und Solidaritäts-Essen finanzieren müssen. Auch wenn die internationale Kooperation Projekte von Fenatrad finanziert, brauchen wir reguläre Einnahmen wie andere Gewerkschaften auch."

In den sozialen Medien werden die neuen Bestimmungen ab Oktober bereits heiß diskutiert. Es gibt Tipps, wie man sich gesetzeskonform verhält und wie man trotzdem die Bestimmungen möglichst umgehen kann. Arbeitgeber*innen klagen, dass sie sich „ihre Hausangestellte" nicht mehr leisten könnten. Konservative Medien warnen vor Massenentlassungen. „Ich denke, es wird so sein wie bisher, wenn es Verbesserungen für die Hausangestellten gab", kommentiert Creuza Oliveira die Debatten. „Am Anfang werden sie maulen und schimpfen. Vielleicht wird die Anzahl der Hausangestellten, die tageweise eingestellt und bezahlt werden, auch zunehmen. Aber es gibt viele, die auf tägliche Hilfe angewiesen sind, zum Beispiel weil sie arbeiten und kleine Kinder haben. Mit der Zeit wird sich der Staub legen und sie werden uns weiterhin beschäftigen. Und bei aller Kritik sind die gesetzlichen Neuregelungen für uns ein Fortschritt."

**// Claudia Fix**

# „SOLIDARITÄTSARBEIT LÄUFT NICHT MEHR AUF EINER EINBAHNSTRASSE“

INTERVIEW MIT DREI GEWERKSCHAFTER*INNEN ZUR GEWERKSCHAFTLICHEN SOLIDARITÄT AN DER BASIS ZWISCHEN MANNHEIM UND SÃO PAULO

**Die Gewerkschafter*innen Fritz Stahl, Angela Hidding und Fritz Hofmann aus Mannheim organisieren seit 1984 den solidarischen Austausch mit Kolleg*innen, die in der größten Industrieregion Brasiliens gewerkschaftlich aktiv sind. Im Gespräch mit den *LN* berichten sie vom Beginn dieses gewerkschaftlichen Austausches von unten und resümmieren, was man aus der Geschichte dieser transatlantischen Solidarität lernen kann.**

Fotos: privat

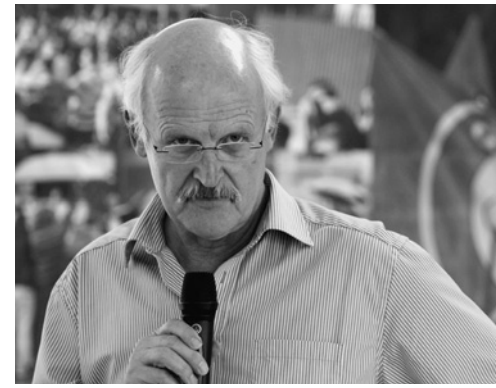
▲ **In den 80ern bei MBB** Anfänge der basisgewerkschaftlichen Solidarität auf dem Firmenparkplatz

**Seit mehr als 30 Jahren praktizieren Sie gewerkschaftliche Solidarität an der Basis zwischen Mannheim und der brasilianischen ABC-Region (der wichtigsten Industrieregion Brasiliens, bestehend aus den Städten Santo André (A), São Bernardo do Campo (B) und São Caetano do Sul (C), Anm. der Redaktion). Wie kam es dazu?**

Ausgangspunkt war eine Initiative in Brasilien. Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen aus den drei großen Automobilfirmen General Motors, Volkswagen und Mercedes organisierten 1984 mit Hilfe kirchlicher Organisationen einen Besuch bei den Standorten der Muttergesellschaften in Deutschland, unter anderem in Mannheim. Es gab einen intensive Austausch in den Betrieben und mit gewerkschaftlichen Gremien. Im Folgejahr starteten wir einen Gegenbesuch. Daraus entstand in Mannheim neben anderen internationalen Solidaritätsgruppen der „Arbeitskreis Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften“, der sich dem DGB Mannheim anschloss. Kolleg*innen von Mercedes, die an Brasilien interessiert waren, schlossen sich zusammen und entwickelten vielseitige Aktivitäten: Beispielsweise den Kontakt aufrechterhalten, gegenseitige Unterstützung organisieren, Informationen verbreiten und so weiter. Diesen persönlichen Initiativcharakter hat der Arbeitskreis in all den Jahren durchgehalten. Von Anfang an wurde versucht, eine Vernetzung mit anderen Betrieben und mit dem Internationalen Bildungswerk TIE Offenbach aufzubauen. Eine dauerhafte Verbindung wurde mit einigen Kolleg*innen der BASF Ludwigshafen hergestellt. Dort war es ebenfalls – einige Jahre später als im Metallbereich – gelungen, anhaltende Kontakte zu Gewerkschaftskolleg*innen in brasilianischen BASF-Werken aufzubauen. Wir bekamen lebhafte Unterstützung von Brasilianer*innen, die in Deutschland wohnten und von jungen Leuten mit professioneller Sprachkenntnis.

**Wie hat sich die basisgewerkschaftliche Solidarität zwischen Mannheim und der ABC-Region entwickelt? Gab es Phasen stärkerer und schwächerer Intensität?**

Von Anfang an war die direkte Begegnung vor Ort das entscheidende Element von gewerkschaftlicher Solidarität: Sehen wie die Kolleg*innen im anderen Land arbeiten, wie sie wohnen, wie sie kämpfen. Das brachte uns näher. Wir verstanden uns, lernten uns kennen und schätzen. In den ersten 20 Jahren war fast jährlich eine Gruppe aus deutschen Betrieben in Brasilien oder eine brasilianische Gruppe in deutschen Werken unterwegs.



## FRITZ STAHL, ANGELA HIDDING UND FRITZ HOFMANN

Fritz Stahl (Jahrgang 1934) und Angela Hidding (Jahrgang 1947) leben seit vielen Jahren in Mannheim zusammen. Sie haben dort beide lange Zeit bei Mercedes Benz gearbeitet. Angela war Betriebsrätin, Fritz war Lager- und Transportarbeiter sowie Vertrauensmann. Seit 1984 sind beide Mitglieder im „Arbeitskreis Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften" und haben die im Interview beschriebenen Aktivitäten vorangetrieben.

Fritz Hofmann, Jahrgang 1952, Chemiearbeiter, später Betriebsrat bei BASF, war 1990 erstmals in Brasilien im Rahmen eines Basisaustauschs von Beschäftigten multinationaler Chemiekonzerne. Danach war er an mehreren Austauschen, Besuchen und Gegenbesuchen beteiligt. Fritz arbeitet mit am 1999 gegründeten „Arbeitnehmer-Netzwerk von BASF-Beschäftigten Südamerikas".

Dabei ging der Blick auch über die betriebliche Situation hinaus: Soziale Bewegungen in Brasilien weiteten den Blick der Deutschen, Besuche wichtiger Plätze aus der deutschen Geschichte den der Brasilianer*innen.

Der Arbeitskreis fasste auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit Fuß. Dadurch gelang es, die Öffentlichkeitsarbeit in die Gewerkschaft hinein wesentlich zu erweitern. In Seminaren für Vertrauensleute kann regelmäßig über die Erfahrungen der Gruppe berichtet werden und so das Bewusstsein für die Notwendigkeit internationaler Solidaritätsarbeit gestärkt werden. Natürlich haben wir keine Massenbewegung ausgelöst. Das Auf und Ab solcher Arbeit hängt immer auch von Initiativen einzelner Personen ab.

Am Anfang hatte der Arbeitskreis eine Art Monopolstellung, was die gegenseitige Information anbelangte. Mittlerweile hat sich eine internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit auch auf institutioneller Ebene herausgebildet. Aber die Bedeutung der Arbeit hält weiter an. In den 1990er Jahren wurde das „Weltkomitee der Beschäftigten bei Mercedes Benz" gegründet, zur gleichen Zeit wurde Valter Sanches, Mitarbeiter von Mercedes in Brasilien, in den Aufsichtsrat der Firma gewählt. Informationsaustausch gibt es so auch auf der höheren Ebene, nicht nur durch den Austausch an der Basis. Solche internationale Gewerkschaftsarbeit kann durch pragmatische, also eine an den betrieblichen Erfordernissen ausgerichtete Basisarbeit die Arbeit der Betriebsräte hervorragend ergänzen. Entsprechende Netzwerke sind auf Vertrauen aufgebaut und so können sie Impulse setzen.

**Wie gelang es, den Austausch beidseitig und gleichberechtigt auf Augenhöhe zu organisieren?**

Anfangs gab es noch eine Art Gefälle von Deutschland nach Brasilien, nach dem Motto: „Wir müssen denen helfen!" Aber die Globalisierung der Unternehmensstrategie hat dazu geführt, dass die gewerkschaftlichen Vertretungen gleichartigen Herausforderungen begegnen. Solidaritätsarbeit läuft schon lange nicht mehr auf einer Einbahnstraße.

**Konzernchefs tendieren nicht selten dazu, die Belegschaft des Werks im Mutterland und die der ausländischen Töchter gegeneinander auszuspielen. Wie begegnen Sie dem?**

Dem gegenseitigen Ausspielen entgegenzutreten, das war von Anfang an das erklärte Ziel der Austauschbewegung. Wir müssen wissen, was die Muttergesellschaften vorhaben. Das war das mit einigem Erfolg gekrönte Bemühen der ersten Delegation im Jahre 1984. Bei Mercedes ergab sich daraus die Anerkennung einer Fabrikkommission in der Fabrik von São Bernardo.

Die fünf Elemente der Zusammenarbeit sind darum nach wie vor folgende: Erstens, sich gegenseitig kennenlernen und austauschen. Zweitens, sich gegenseitig informieren, auch und vor allem zwischen den einzelnen Besuchen. Anfänglich ging das noch sehr handwerklich vonstatten: Wir verschickten noch handgeschriebene Briefe mit der Post. Mit den heutigen Kommunikationsmitteln können die Ereignisse zeitgleich verfolgt werden. Drittens, sich in schwierigen Situationen gegenseitig unterstützen: Früher mehr in solidarischen Aktionen, heute eher durch Solidaritätsschreiben. Viertens, voneinander lernen: So haben beispielsweise die Brasilianer*innen anfangs viel von der deutschen Form der Arbeitnehmer*innen-Vertretung gelernt. Und wir haben uns ein großes Beispiel an der Leichtigkeit der Mobilisierung unserer brasilianischen Kollegen nehmen können – aber auch an ihrem erfolgreichen Kampf für den Aufbau eines eigenen Fernsehsenders und der Einbeziehung von Fremdfirmenbeschäftigten in die gewerkschaftliche Arbeit. Fünftens, gemeinsam analysieren und Gegenstrategien entwickeln: In gemeinsamen Seminaren wurde ein „benchmark„ von unten begonnen – also die Suche und Durchsetzung der für die Kollegen besten Arbeitsbedingungen.

**Was war Ihr größter Erfolg?**

Wir können einige Beispiele nennen: Die angesprochene Errichtung einer Fabrikkommission, eine Art Betriebsrat, in São Bernardo, obwohl es in Brasilien kein Betriebsverfassungsgesetz gibt. Sowie die Unterstützung in Streiksituationen, unter anderem haben die Kolleg*innen in São Bernardo während eines Tarifkampfes in Deutschland aus Solidarität mitgestreikt. Und die Anerkennung der 30-jährigen Zusammenarbeit durch eine Ehrung im Rathaus von São Bernardo. Und natürlich auch, dass das Thema in die Bildungsarbeit innerhalb der IGMetall in Rhein-Neckar und Pfalz eingebracht werden konnte.

**Wie kann man die Jugend für zukünftige internationale Gewerkschaftsarbeit mobilisieren?**

Das ist nicht so einfach. Vielfach nehmen Jugendliche an unseren Aktivitäten teil, ohne sich danach fest zu engagieren. In Brasilien gelingt das besser: Ganz systematisch wird dort für Nachwuchskräfte gesorgt, auch für die internationale Zusammenarbeit. Der augenblickliche Vorsitzende der Fabrikkommission, Max, ist der Sohn eines Mitbegründers des Austauschprogramms vor 30 Jahren.

**// Interview: Christian Russau**

Das Interview wurde per E-Mail geführt und kollektiv beantwortet.

◀ **Die 30-Jahr-Feier**
Unternehmen agieren zunehmend global vernetzt, aber Arbeiter*innen auch!

# DAS HEFT IN DER HAND

ARBEITER*INNEN IM WIDERSTAND ÜBERNEHMEN IHRE DRUCKEREI

Fotos: Simon Zamora Martin

**Als das Unternehmen R.R. Donnelley im August 2014 seine argentinische Niederlassung schloss, wehrten sich die Arbeiter*innen der Druckerei gegen ihre fristlose Kündigung. Nach ihrer erfolgreichen Besetzung wird die Fabrik heute kollektiv von den Arbeiter*innen geführt. Eine Geschichte jahrelanger alternativer Gewerkschaftsarbeit und ein Projekt mit großen Zukunftsplänen.**

Kräftig und laut schlägt das Herz der Druckerei. Es ist eine aus den 1980er Jahren stammende Offset-Druckmaschine. Auf der einen Seite werden ihr kilometerlange Papierrollen zugeführt und auf der anderen spuckt sie am Fließband säuberlich bedruckte und gefaltete Bögen aus. In Blau gekleidete Arbeiter*innen nehmen diese vom Band, laden sie auf Hubwagen und transportieren sie weiter in die Binderei.

Das alte Herz heizt ihnen gut ein. Auf über 35°C kann die Druckmaschine die Temperatur in der Halle ansteigen lassen. Geruch von warmen Papier liegt in der Luft. Wie in jeder anderen Druckerei scheint der Alltag hier zu laufen. Doch kleine Details machen stutzig.

Der Ständer der Stechuhrkarten ist mit Staub bedeckt und eine kleine Spinne hat es sich zwischen den Karten gemütlich gemacht. Die Drehkreuze, die einst den Bürobereich von den Produktionshallen trennten, sind stillgelegt. An der Empfangstheke sitzt ein bärtiger Mann mit einem Becher Matetee in der Hand. Auf einem Stapel von Papieren stehen zwei Megafone neben einem dudelnden Radio. Weit und breit sind keine in Anzüge gekleidete Büroangestellte oder Chefs zu sehen. Das einstige Großraumbüro wurde zu einem Versammlungsraum umfunktioniert und vom Dach der Fabrik hängen bunte Transparente.

Wie in jeder anderen Großdruckerei laufen die Dinge hier nicht. Nicht mehr. Am 12. August 2014 wurde die argentinische Niederlassung des global agierenden Druckereiunternehmens R.R. Donnelley von den Arbeiter*innen übernommen.

Ginge es nach dem Willen des rechtlichen Eigentümers der größten argentinischen Druckerei, würden hier längst alle Räder still stehen. Anfang August standen die 400 Arbeiter*innen vor dem

◀ **Schalten und walten nach eigenem Gusto**
Drucker bei Donnelley

verschlossenen Tor der Fabrik. Auf einem kleinen, in das Fenster geklebten Brief mussten sie lesen, dass sie alle fristlos entlassen seien. Aus „krisenvorbereitenden Maßnahmen". Doch heute rattern die Räder der Druckerei wieder und das endlose Papier läuft über hunderte von Rollen, Pressen und Schneidemaschinen.

Am Ende jeder Schicht sammeln sich alle Arbeiter*innen vor der Theke des Pförtners zum Plenum. Es wird über den Arbeitsfortschritt gesprochen, aufgetretene Probleme und gegebenenfalls Fehlverhalten von Kolleg*innen diskutiert. Bei gröberem Fehlverhalten ruft das Schichtplenum die betreffenden Kolleg*innen zur Ordnung. Der Schichtleiter wird im Plenum aus den Arbeiter*innen gewählt und nicht mehr wie vorher von der Unternehmensleitung eingesetzt.

Mit welcher Geschwindigkeit laufen die Maschinen? Wie organisieren wir die Produktionsabläufe am besten? Diese Fragen werden heute von den Menschen beantwortet, die in den entsprechenden Bereichen arbeiten und die Realität der Fabrik nicht nur aus Bilanzen und Statistiken kennen.

Die Versammlung löst sich auf. Aus der Menge kommt ein dünner Mann mit einem schmalen Gesicht auf mich zu. Seine braunen Augen wirken nachdenklich und ein wenig traurig. Statt vom Chef werde ich von einem Stellvertreter des Betriebsrates empfangen, dem Drucker Christian. Mit ihm kommt Bobby, ein junger, sehr kräftig gebauter Mann mit rundem Gesicht.

Die meisten anderen Arbeiter*innen stellen sich in einer Reihe vor den Ausgang. Der Pförtner wirft einen flüchtigen Blick in ihre Rucksäcke, bevor sie nach Hause gehen. Nach fünf bis acht Stunden enden ihre Schichten. Je nachdem, wie die Auftragslage ist.

Vor fünf Jahren wurde hier noch anders gearbeitet, erzählt Christian. Bis zu zwölf Stunden dauerte ein Arbeitstag. Oft musste bis zu sieben Tage die Woche gearbeitet werden. Christian zieht die Stirn hoch. „Die Kollegen hier waren lange in der Fabrik eingeschlossen. Sie haben den Kontakt zu ihren Familien und Kindern verloren." Die damaligen Löhne waren so gering, dass die Arbeiter*innen unzählige Überstunden machen mussten, um ihre oft großen Familien durchzubringen.

Das Unternehmen lagerte dazu immer mehr Arbeitsplätze und Aufträge aus, um die Lohnkosten noch weiter zu senken. „Durch all diese Arbeitsbedingungen wurde uns bewusst, wie wichtig es ist, die Wochenenden zu Hause zu sein. Und wir begannen, für den 8-Stunden-Tag zu kämpfen", erinnert sich Bobby. Neben einem harten Arbeitskampf für einen höheren und gleichen Lohn, sowie die Zahlung eines Weihnachtsgeldes, kämpften sie für die Übernahme der Reinigungskräfte in die Stammbelegschaft. „In diesem Kampf haben wir es geschafft, ein Klassenbewusstsein unter unseren Kollegen zu schaffen. Das Bewusstsein, über die Probleme unseres eigenen Lebens hinaus immer daran zu denken, dass wir selber nicht gerne in der Situation einiger anderen Kollegen wären. Und dass wir für den, der am wenigsten hat, kämpfen müssen." Der erst 23-jährige Bobby hat eine von Sorgenfalten gefurchte Stirn. Er scheint viel älter. Die harte Arbeit, der Stress der vielen Arbeitskämpfe und die Angst haben ihn, so scheint es, früh altern lassen. Die Angst, den Job zu verlieren. Krank zu werden und so nicht mehr den Lebensunterhalt für seine dreiköpfige Familie zu verdienen.

Doch den vorherigen privaten Eigentümer interessierte nur, wie er die größten Gewinne erwirtschaften konnte. Mitarbeiter*innen wurden bei Krankheiten einfach ausgetauscht. Heute ist der Arbeitsdruck im Vergleich wesentlich geringer. Die Arbeitszeiten sind kürzer, Urlaubsgenehmigungen werden ziemlich spontan von der Schichtleitung erteilt und die Unfallquote konnte gesenkt werden.

Wenn jemand seiner alten Tätigkeit aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht mehr nachgehen kann, wird er oder sie – statt entlassen – auf einen angemesseneren Posten im Betrieb versetzt. Es wird probiert, nach dem Prinzip „jeder nach seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen" zu produzieren.

Bis zu dieser Situation war es ein weiter Weg. Anfang der 1990er Jahre wurde die Gewerkschaft der Druckerei zerschlagen. Das folgende Jahrzehnt war geprägt von einer neoliberalen Offensive der Regierungen und zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen. Vor acht Jahren begann eine Handvoll Arbeiter*innen, die Gewerkschaft neu aufzubauen. Anfangs trafen sie sich in vor der Unternehmensleitung geheim gehaltenen Versammlungen. Neben gewerkschaftlichen Fragen diskutierten sie über Ökonomie sowie nationale und internationale Politik. Die Gruppe wuchs rasch und organisierte sich als gewerkschaftlich-politische Strömung im Betrieb. Sie stießen ers-

▲ **Qualität kommt von Qual** Zuerst wird diskutiert, dann fallen die Entscheidungen

te Arbeitskämpfe für einen Betriebsrat und den 8-Stunden-Tag an und organisierten sich fortan in der basisdemokratischen Gewerkschaftsgruppe „Orangene Liste", die sich der organisierten rechten Gewerkschaftsbürokratie der „Grünen Liste" widersetzt. Es folgten Streiks für Lohnerhöhungen und für die Übernahme von Leiharbeiter*innen in die Stammbelegschaft. Sie führte jedoch nicht nur Kämpfe um betriebsinterne Angelegenheiten. An Solidaritätsstreiks und gemeinsame Demonstrationen mit anderen Gewerkschaften wie „Kraft Foods", den Eisenbahner*innen von Roca oder den Erdölarbeiter*innen von „Las Heras" nahmen sie ebenso teil. Nach schweren Überschwemmungen beteiligte sich die Gewerkschaft an dem Wiederaufbau der benachbarten Armenviertel.

Auch in der sexuellen Gleichberechtigung konnten sie einige Verbesserungen durchsetzen. Das Unternehmen beschäftigte in der Produktion aus Prinzip nur Männer. Doch 2012 wurde durch ein Versehen die Transfrau Tamara eingestellt. Nur als Mann verkleidet hätte sie die Arbeitsstelle bekommen. Der Betriebsrat solidarisierte sich mit ihrem Kampf für Gleichberechtigung. Neben einem erfolgreichen Abbau von Vorurteilen in der Belegschaft konnten sie gemeinsam durchsetzen, dass Tamara in der von ihr gewünschten Kleidung zur Arbeit kommen kann. Mit Rock und Handtasche.

Die kämpferische und politische Gewerkschaftsströmung wurde der Chefetage schnell ein Dorn im Auge. Im Jahre 2012 verlangten die Arbeiter*innen eine Lohnerhöhung, um die rasant steigende Inflation auszugleichen. Die Unternehmensleitung lehnte Verhandlungen ab. Sie argumentierte, das Unternehmen sei in „ökonomischer Schieflage" und müsse sich auf die nächste Krise vorbereiten. Zahlen legte sie jedoch nicht vor. Kurz darauf beantragte das Unternehmen staatliche Hilfeleistungen aus dem „Repro-Fonds". Schwächelnde Firmen werden durch dieses Programm zur Wiederherstellung der Produktivität (Programa de Recuperación Productiva) vom argentinischen Staat mit 2.000 Pesos, circa 190 Euro, pro Arbeiter*in subventioniert. Im Gegenzug verpflichten sich die Arbeitgeber*innen, einstweilig auf unbegründete Entlassungen zu verzichten.

„Wir haben beanstandet, dass sich das Unternehmen die Repro-Gelder erschlichen hat. Das Unternehmen war nicht in finanzieller Schieflage!" Bobby beugt sich auf seinem Holzstuhl leicht nach vorne und beginnt, heftig zu gestikulie-

ren. „Der Staat subventioniert so eine Lohnsenkung. Der Repro diente einzig dazu, Entlassungen vorzubereiten und die Gewerkschaft zu zerschlagen!" Aber keine staatliche Stelle schenkte den Beschwerden der Arbeiter*innen Aufmerksamkeit.

Seit Anfang 2014 bemerkten die Arbeiter*innen dann, wie der Druck der Unternehmensleitung auf sie wuchs. Immer wieder verlangten die Chefs – unter Androhung von Entlassung – das Tempo der schon zu schnell laufenden Maschinen weiter zu erhöhen. Die Techniker weigerten sich. Die Stimmung wurde immer angespannter und offen feindselig. Im Mai verbarrikadierte das Unternehmen die Fabrik und ihre Büros mit Gittern. Alle Arbeiter*innen erwarteten eine bevorstehende Entlassungswelle.

Mitte Juni legte die Unternehmensleitung auf einer Betriebsversammlung die Kündigungspläne auf den Tisch. „Sie wollten 123 Arbeiter entlassen." Christian wird laut und energisch: „Doch wir entgegneten: Wenn sie einen von uns angreifen, greifen sie uns alle an. Und dass hier niemand entlassen wird!" Es folgten viele Versammlungen der Belegschaft, auf denen sie diskutierten, wie die Entlassungspläne abgewehrt werden könnten. Im Falle einer möglichen Schließung wurde eine Übernahme durch die Arbeiter*innen diskutiert. Doch kaum eine*r konnte sich vorstellen, dass Donnelley so weit gehen würde. Verblüfft waren sie, als die Morgenschicht am Sonntag, den 10. August 2014 vor verschlossenem Tor stand. Der im Fenster hängende Brief schien sie alle verhöhnen zu wollen. Die Unternehmensleitung verkündete in drei Sätzen die Schließung der Fabrik und die fristlose Entlassung aller Angestellten. Sofort organisierten sie eine Wache, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern. Die Vollversammlung am nächsten Tag beschloss, die Fabrik weiterzuführen. Unter Kontrolle ihrer Arbeiter*innen.

Übernahmen dieser Art haben in Argentinien eine gewisse Tradition. Während der großen Wirtschaftskrise 2001 wurden über 160 Fabriken von

▼ **Die Macht der Straße** Die Arbeiter*innen wissen um die Wirkung von kämpferischen Demonstrationen

▲ **Frauenpower** Ohne die Unterstützung ihrer Frauen hätten es die Drucker nicht geschafft.

ihrem Personal übernommen und in Kooperativen umgewandelt. Die meisten mussten jedoch wegen zu hohem ökonomischen Druck im Laufe der Jahre schließen oder wurden von ihren alten Eigentümer*innen zurückgewonnen. Der Keramikhersteller Zanon gehört zu den Ausnahmen. Nach einem langen Kampf enteignete das Provinzparlament 2009 den alten Eigentümer der Fabrik und überschrieb sie der Kooperative.

Mit dieser Keramikfabrik standen die Arbeiter*innen von Donnelley seit dem ersten Tag der Übernahme in regem Austausch. Raúl Godoy – Gewerkschaftsführer von Zanon und Abgeordneter der PTS (Partei der Sozialistischen Arbeiter) – besuchte die Arbeiter*innen von Donnelley mehrfach. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch bekräftigte diese, die Fabrik in eine Kooperative umzuwandeln, jedoch als Ziel eine Verstaatlichung unter Arbeiter*innenkontrolle zu fordern. „Warum fordern wir die Verstaatlichung? Weil wir die Möglichkeit haben, Bücher zu drucken. Für die arme Bevölkerung unseres Landes. Wir können gratis Schreibhefte an den Schulen der armen Stadtteile verteilen."

Nachdem der Eigentümer von Donnelley die Fabrikschließung bekannt gab, meldete sich die argentinische Präsidentin Christina Fernández de Kirchner zu Wort. In einer TV-live-Übertragung beschuldigte sie die Eigentümer des Betruges und drohte das Anti-Terrorgesetz gegen sie anzuwenden. Von den radikalen Drohungen, welche selbst die Arbeiter*innen von Donnelley verurteilten, rückte die Regierung schnell wieder ab. Stattdessen wurde das Insolvenzverfahren weitergeführt, die Lohnzahlungen eingefroren und die Schaffung der Kooperative durch die Insolvenzverwaltung lange verhindert.

Ohne eine breite Solidaritätskampagne, die vor allem die Frauen der Arbeiter organisierten, wäre es wohl so gekommen. Zwar sprangen Abgeordnete der PTS schnell mit großzügigen Spenden für die Streikkasse ein, doch der finanzielle Be-

darf konnte damit nicht gedeckt werden. Das Frauenkomitee ging von Universität zu Universität, hielt dort Vorträge und sammelte Spenden. Sie warben um Solidarität bei anderen Gewerkschaften und gingen in Großmärkte, um kollektiv Essen zu kaufen. Immer wieder diskutierten sie untereinander und mit den Männern die Rolle der Frau in der Gesellschaft und in der Fabrik. Ohne sie hätte die Arbeiter*innenkontrolle wohl keinen Monat durchgehalten. Denn von welchem Geld sollten die hungrigen Mäuler zu Hause gestopft werden?

Von den Universitäten kam – neben Sach- und Geldspenden – viel intellektuelle Hilfe. Wirtschaftsstudent*innen der Universität von Buenos Aires führten die Arbeiter*innen von Donnelley in die Buchführung ein. In Mendoza bewirkten Studierende und Lehrende, dass künftig alle Publikationen der Universität bei Donnelley gedruckt werden. Ähnliche Abkommen wurden auch mit einzelnen Lehrer*innenverbänden getroffen.

Die Kooperative gewann so einige neue Kunden. Gewerkschaftliche Solidarität hilft ihr, ihre wichtigsten Alt-Kunden zu halten: die Drucker*innen aller anderen Großdruckereien weigern sich, Erzeugnisse der Ex-Donelley-Kunden zu produzieren.

Bobby und seine Kolleg*innen fragen sich jetzt, für was sie ihre Maschinen eigentlich nutzen wollen. Nur um mit ihnen Geld zu machen? Oder auch um mit ihnen Probleme ihres Landes zu lösen? 10.000 kostenlosen Schreibhefte haben sie bereits an den Schulen der ärmsten Nachbarbezirke verteilt.

Er ist sichtlich stolz auf das, was sie geschaffen haben. Sie zeigen, dass Produktionsmittel nicht per se privat sein müssen. Und vielleicht auch, dass es Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise gibt.

Ohne Hektik nimmt Bobby dicke Stapel einer Broschüre vom Fließband und legt sie auf eine Palette. Ein Kollege, der die Palette auswechseln will, stellt sich kurz mit ihm ans Band und hilft. Sie witzeln und verabschieden sich mit einem Lachen. Bobby lehnt sich an die Maschine, um kurz zu verschnaufen. Mit dem Ärmel wischt er sich den Schweiß aus dem Gesicht. „Weißt du, die Fabrik soll doch nicht dazu da sein, uns auszubeuten. Sondern um uns allen ein besseres Leben zu gewährleisten!“

**// Simon Zamora Martin**

# „WIR HABEN DIE GEWERKSCHAFT RAUSGESCHMISSEN“

INTERVIEW MIT FRANCISCO MARTÍNEZ, GRÜNDUNGSMITGLIED UND VORSITZENDER DER ARBEITSGENOSSENSCHAFT TEXTILES PIGÜÉ

**Während der Krise 2001 waren in Argentinien Besetzungen insolventer Betriebe und deren Fortführung in genossenschaftlicher Produktionsweise sehr populär. Trotz veränderter wirtschaftlicher und politischer Lage nimmt die Zahl der Besetzungen weiter zu. Inzwischen gibt es mehr als 310 Unternehmen, die unter Kontrolle der Arbeiter*innen produzieren. Die *LN* sprachen mit Francisco Martínez über die Schwierigkeiten und Erfolge genossenschaftlicher Produktion.**

**Die Arbeitsgenossenschaft Textiles Pigüé besteht seit elf Jahren. Wie sieht Ihre bisherige Bilanz aus?**

Wir haben erfolgreich die rechtliche Situation geklärt und das wirtschaftliche Bestehen der Fabrik gesichert. 2014 haben wir es geschafft, als erstes instandbesetztes Unternehmen der Provinz Buenos Aires die Eigentumsurkunde zu erhalten. Damit sind wir berechtigt, wie alle anderen Unternehmen Kredite zu bekommen, die auch für unseren Produktionsprozess grundlegend sind. Wir sind wieder wettbewerbsfähig und das nicht zuletzt, weil wir auch darin investiert haben, spezifisches und für die Produktion unentbehrliches Wissen zu integrieren. Wir sind im Grunde ein genossenschaftliches Unternehmen, das heißt, wir müssen immer wieder den Ausgleich zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität finden. Mit dem, was wir bisher erreicht haben, sind wir sehr zufrieden. Auch wenn das noch lange nicht heißt, dass wir am Ende unserer Kämpfe stehen.

**Wofür muss noch gekämpft werden?**

Ein problematischer Aspekt der genossenschaftlichen Produktion ist die Frage der Arbeitsrechte der Mitglieder. Rechtlich gesehen ist jeder von uns selbstständig. Mit fehlendem Angestelltenverhältnis müssen wir uns beispielsweise um Krankenversicherung und Altersvorsorge selbst kümmern. Wir haben es durch jahrelangen Kampf und Verzicht geschafft, eine Fabrik mit 160 Arbeitsplätzen wieder zum Laufen zu bringen – das mindeste, was uns zusteht ist, dass wir formell als Arbeitnehmer mit gleichen Rechten anerkannt werden.

**Sind Sie gewerkschaftlich organisiert, um diese Forderungen durchzusetzen?**

Nein, bis jetzt noch nicht, aber wir diskutieren intern über dieses Thema. Als es damals zur Insolvenz kam und wir uns für die Besetzung

Foto Textiles Pigüé

## FRANCISCO MARTÍNEZ

ist Gründungsmitglied und Vorsitzender der Arbeitsgenossenschaft Textiles Pigüé. Er ist verantwortlich für institutionelle und politische Belange und nahm in diesem Rahmen beispielsweise im vergangenen Juli an der fünften internationalen Begegnung der Ökonomie der Arbeiter*innen in Venezuela teil.

▲ **Vollversammlung** Hier werden gerechte Gehaltsklassen beschlossen

entschieden, erhielten wir keine Unterstützung unserer damaligen Gewerkschaft, wir haben sie sogar rausgeschmissen. Natürlich gibt es Gewerkschaften, die die Arbeiter der besetzten Fabriken stark unterstützen, wie die Vereinigung der metallurgischen Arbeiter, die Unión Obrera Metallúrigca, beispielsweise. Wir wollen auf jeden Fall den Weg Richtung gewerkschaftlicher Organisation einschlagen.

**Können Sie nun gute Löhne zahlen?**

In den ersten fünf Jahren (2004 bis 2009, Anm. der Red.) hatten wir kein sicheres Gehalt, unsere Einnahmen wurden zu gleichen Teilen unter den Mitgliedern aufgeteilt. 2010 gab es die ersten Forderungen nach unterschiedlich hohen Löhnen, woraufhin von der Vollversammlung acht verschiedene Kategorien beschlossen wurden. In den folgenden Jahren gab es dann drei Kategorien, danach sechs … Aktuell haben wir 160 verschiedene Gehaltsklassen: Die Qualifizierung und Bedürfnisse jedes einzelnen werden dabei bedacht.

**Das hört sich kompliziert an.**

Ja, es war auch kompliziert, dieses System zu konzipieren und umzusetzen. Aber es funktioniert wunderbar und heute beraten wir sogar die Arbeiter anderer instandbesetzter Betriebe, die gerne eine Verteilung dieser Art einführen möchten.
Grundsätzlich muss die Höhe jeden Gehalts von der Vollversammlung beschlossen werden. Der Unterschied darf nie mehr als die Hälfte eines Durchschnittgehalts betragen. Dann gibt es zehn Kriterien, nach denen Qualifizierung und Bedürfnisse eingestuft werden, unter anderem die berufliche Bildung, der Anteil physischer und geistiger Anstrengung, die Erfahrung. Unserer Meinung nach sollen die Löhne nicht gleich, sondern gerecht sein.

**Gibt es Probleme zwischen „alten“ und „neuen“ Arbeiter*innen?**

Die Gründungsmitglieder der Genossenschaft haben bei uns keine Vorteile, einzig die lange Mitgliedschaft bedeutet ein Extra an Gehalt. Anfangs waren nicht alle neuen Arbeiter automatisch Mitglieder der Genossenschaft, bis es Probleme gab. 2006 gab es beispielsweise einen Konflikt, weil ein relativ neu eingegliederter Professioneller, kein Mitglied, einem Arbeiter Anordnungen gab – letzterer befolgte aber diese nicht, schließlich sei er Miteigentümer des Betriebs. Danach beschlossen wir in der Vollversammlung, dass alle neu eingegliederten Arbeiter auch Genossenschaftsmitglieder sein sollten. Wir bitten alle so gut wie möglich zu arbeiten, um zu wachsen und weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Die neuen Genossen, die Interesse haben, wirken bei den sozialen, ehrenamtlichen Tätigkeiten mit und wir unterhalten uns über die Entstehungsgeschichte

der Kooperative. Grundsätzlich mag es einige geben, die besser kämpfen und Widerstand leisten können, und andere, die sich in der aktuellen Produktion auszeichnen – ich denke, das wichtigste ist die Großzügigkeit, jedem seinen Platz in diesem Prozess zuzugestehen.

**Was genau sind denn Ihre sozialen oder solidarischen Tätigkeiten?**

Das sind ganz verschiedene, wir beteiligen uns an kulturellen Aktivitäten und an Märkten solidarischer Ökonomie. Weiterhin beteiligen wir uns an einem staatlichen Programm zur Vergabe von Mikrokrediten. Damit haben wir es geschafft, 200 Familien aus Pigüé, das 15.000 Einwohner hat, wieder in Arbeit zu bringen. Außerdem haben wir eine Kooperation mit der Provinz Buenos Aires, im Rahmen des Programms Envión. Sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene werden begleitet, um eine berufliche Ausbildung abzuschließen und sich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Wenn wir freie Arbeitsplätze haben, dann haben sie Vorrang, um bei uns anzufangen. Diese verschiedenen Formen von Zusammenarbeit mit der Gemeinde und den Nachbarn waren auch die einzige Möglichkeit, um Misstrauen und Vorurteile abzubauen.

**Inwieweit hängten Sie von staatlicher Unterstützung ab?**

Das Bundesministerium für soziale Entwicklung hat ein Programm mit sechs verschiedenen Unterprogrammen, um instandbesetzte Betriebe zu unterstützen. Es gibt beispielsweise eine Starthilfe, um die anfänglich geringen Löhne aufzubessern. Weiterhin gibt es Unterstützung bei internen Weiterbildungen, Investitionen in Maschinen und Produktionsmittel. Wir haben alle sechs Unterprogramme in Anspruch genommen. Jetzt, wo wir offiziell Eigentümer sind, erscheint es uns sinnvoller, diese Unterstützung denjenigen zu überlassen, die sie besonders benötigen, und wie jedes andere Unternehmen Kredite beim Ministerium für Industrie zu beantragen. Das große Problem ist, dass wir als Genossenschaft diese Kredite aus rechtlichen Gründen nicht bekommen können. Trotz allem ist der Staat für uns ein strategischer Partner, deshalb stellen wir unsere Forderungen nach Regierungsprogrammen und der Garantie von Rechten in der Zusammenarbeit mit staatlichen Vertretern.

**Produzieren Sie auch im Rahmen von Fair Trade-Netzwerken?**

Nein, aber wir haben einige Erfahrung damit. Unser erster Kunde war ein Italiener, der sich in Argentinien angesiedelt hatte. Zusammen mit ihm und einer anderen Kooperative haben wir es geschafft, die solidarische Textilkette CTS, die Cadena Textil Solidaria, ins Leben zu rufen. Diese begann mit genossenschaftlicher und ökologischer Baumwollproduktion im Norden, wir fabrizierten die Stoffe, auch ökologisch unbedenklich, und zusammen mit anderen Textilwerkstätten wurden die T-Shirts genäht. Anschließend gingen Lieferungen nach Italien, Spanien und Großbritannien. Erfolgreich wurde der Verkauf aber erst, nachdem wir mit Hilfe einer Kampagne das Bewusstsein bei den Konsumenten schaffen konnten, warum es so wichtig ist, unsere Produktionsform zu unterstützen. 2011 erhielten wir dann keine Baumwolllieferungen mehr, die Produzenten entschieden sich, andere Wege zu gehen. Wenn es nach uns ginge, würden wir nur ökologisch und unter fairen Bedingungen (bezogen auf die Zulieferer, Anm. der Red.) produzieren, leider ist das nicht so einfach. Selbst zu Hochzeiten der CTS machte diese nur knapp fünf Prozent unserer Gesamtproduktion aus.

**// Interview: Friederike Winterstein**

▲ **Sieht wie eine Maquila aus** Ist aber keine: Alle Arbeiter*innen sind Miteigentümer*innen

# „ENTSCHEIDEND FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG IST DIE MOBILISIERUNG“

FLÁVIO CHEDID ÜBER BELEGSCHAFTSÜBERNAHMEN INSOLVENTER UNTERNEHMEN

**Sowohl im Cono Sur als auch in einigen Ländern Europas wird die Praxis, insolvente Unternehmen unter Arbeiter*innenkontrolle fortzuführen, immer bedeutender. Die *LN* sprachen mit Flávio Chedid über diese Herangehensweise im Zusammenhang mit der Solidarischen Ökonomie, deren Beitrag zur regionalen Entwicklung und die Bedeutung der staatlichen Rahmenbedingungen verschiedener Länder für den Erfolg dieser Prozesse.**

Foto: privat

## FLÁVIO CHEDID

studierte in Rio de Janeiro Ingenieurwissenschaften und promovierte zu Stadt- und Regionalplanung. Er ist seit 2004 als Forscher Mitglied des Nukleus für Technische Solidarität Universität Rio de Janeiro, wo er unter anderem zu Beratung von selbstverwalteten Unternehmen, staatlicher Politik gegenüber den Gemeinschaftsunternehmen und Belegschaftsübernahmen geforscht hat. Aktuell ist er Post-Doc Stipendiat zum Thema Urbane und Regionale Forschung und Planung.

**Gibt es Bildungskonzepte – jenseits von Lernprozessen, Gründungsberatung und Weiterbildung innerhalb von Unternehmen – direkt für Belegschaftsübernahmen?**

Ein großer Teil der wiederinganggesetzten Unternehmen in Brasilien und Argentinien in den Jahrzehnten von 1990, 2000 und 2010 sind nicht das Ergebnis eines vorherigen Bildungsprozesses. Sie entstanden zum großen Teil auf Grund der Bedürfnisse der Arbeiter, die ihre Arbeitsplätze erhalten wollten, was der Forscher Julian Rebón den „Ungehorsam gegenüber der Entlassung“ genannt hat. Bei der Entstehung der Bewegungen in Argentinien und zum Teil in Brasilien griff man in einigen Fällen auf die Erfahrungen der Unternehmen zurück, die bereits durch diesen Prozess gegangen waren. Aber ich würde nicht sagen, dass solche Beratungen für die Übernahme von Unternehmen ausschlaggebend waren – weder zu Beginn noch in der weiteren Unternehmensführung. Es gibt immer noch wenig Angebot von Kursen, die speziell auf die Besonderheiten der Selbstverwaltung ausgelegt sind.

**Welche Rolle spielen dabei Konzepte und Praktiken der Solidarischen Ökonomie?**

Auf diesem Feld gibt es mit den Bildungszentren für Solidarische Ökonomiein Brasilien einen Fortschritt. Aber diese sind nicht auf Belegschaftsübernahmen ausgerichtet und werden sehr wenig von dieser Seite angefragt. Belegschaftsübernahmen stellen eine andere Realität dar. Es handelt sich in der Mehrzahl um Industrieunternehmen, während die Bewegung der Solidarischen Ökonomie zum Großteil am Dienstleistungssektor und der handwerklichen Produktion orientiert ist. In Argentinien hat die Offene Fakultät der Universität von Buenos Aires eine Reihe von Handbü-

chern entwickelt, die die Wiederingang-setzungs- und Führungspraktiken der Unternehmen durch die Arbeiter systematisieren sollen. Sie behandeln etwa Themen zum Rechnungswesen und zum rechtlichen Rahmen. Aber auf dem Gebiet ist noch viel zu tun. Zwar gibt es bereits viel Wissen über Unternehmensführung, jedoch fehlt es an speziellen Konzipierungen für selbstverwaltete Betriebe.

**Welche Fachleute sind besonders wichtig bei der Wiederingangsetzung der Unternehmen: Ökonom*innen, Anwält*innen, Techniker*innen, Psycholog*innen, Soziolog*innen?**

Ich denke, dass viele Fachleute wichtig sind, solange sie nicht davon ausgehen, dass ihr Wissen allein für die Wiederingangsetzung ausschlaggebend ist. Die selbstverwaltete Unternehmensführung ist neu, es gibt kein akkumuliertes Wissen über dieses Thema. Das Modell einer Selbstverwaltung, die mehr Autonomie der organisierten Arbeiter voraussetzt, würde nichts davon haben, wenn die Spezialisten eine Einstellung von Unternehmensberatern an den Tag legten. Es ist notwendig, dass auch sie von den neuen Organisationsmodellen lernen und mit diesen Erfahrungen ihre theoretischen und konzeptuellen Schemata überdenken, ebenso wie ihre Instrumente zur Unternehmensführung. Mit dieser Perspektive sind Fachleute aus den Humanwissenschaften, der Technik und dem Gesundheitswesen natürlich in der Lage, viel zum Kampf um die Belegschaftsübernahme beizutragen. Es ist sehr wichtig, dass wir einen neuen legalen Rahmen für diese Erfahrungen bekommen, eine neue Technologie, die in der Lage ist, der neuen Form der Arbeitsorganisation und der Nachfrage nach Produkten zu entsprechen. Auch sollten Aspekte der physischen und psychischen Gesundheit der Arbeiter berücksichtigt werden. Diese Fragen können nicht konkretisiert werden ohne eine interdisziplinäre Aktion.

**Sie haben als Ingenieur an Belegschaftsübernahmen in Argentinien, Uruguay, Brasilien und Frankreich teilgenommen. Wo besteht ihrer Meinung nach die fortschrittlichste Politik gegenüber Belegschaftsübernahmen von Seiten der staatlichen Behörden und der Gewerkschaften?**

Es ist schwierig, die Politik einer Regierung von der der Gewerkschaften und den Aktionen der anderen organisierten zivilgesellschaftlichen Akteure zu trennen. Die Fortschritte auf diesen Ebenen reflektieren vor allem die Organisation der Bewegung im Allgemeinen. Die Belegschaftsübernahmen in Argentinien haben auf Grund der Größe und Dauer ihres Bestehens die meisten Anhänger gewonnen, sei es von Seiten der Regierungen, sei es von den Gewerkschaften oder von anderen Nicht-Regierungs-Institutionen. Das heißt nicht, dass es unter all diesen Akteuren nicht jene gäbe, die gegen die die Belegschaftsübernahmen arbeiten, was etwa beim Bürgermeister von Buenos Aires, Maurício Macri der Fall ist. In Uruguay gibt es Fortschritte in Sachen Finanzierung. Ein Entwicklungsfonds (FONDES) unterstützt Selbstverwaltungsprozesse, so dass mehr Erfahrungen gesammelt werden können. Er wurde unter der Regierung von Pepe Mujica eingerichtet und unter Tabaré Vásquez vor kurzem verändert und steht nun auch für Darüberhinausgehendes zur Verfügung. Aber es sind nicht die Regierungen, die die Unterstützung für Belegschaftsübernahmen definieren. Ich meine, dass die mit weiteren praktischen Erfahrungen einhergehende Mobilisierung weiterer Gruppen und die Organisation der Betriebe viel wichtiger sind. Davon hängt ab, wie weit man mit diesem Thema vorankommt.

**Wo tragen die Belegschaftsübernahmen zur regionalen Entwicklung bei?**

In Argentinien, Brasilien und Uruguay habe ich Erfahrungswerte angetroffen, die sich nicht auf das Verhalten innerhalb der Fabrik reduzieren. Im Fall von Zanón und der Solidarischen Union der Arbeiter von Chilavert oder von Flaskô in Argentinien beispielsweise, begannen die Arbeiter an der Entwicklung der sie umgebenden Gemeinschaft teilzunehmen. Sei es mit der Öffnung der Fabrik für Kulturveranstaltungen und Workshops, beim Bau von Häusern und Schulen, durch die Teilnahme an Demonstrationen oder vielen anderen Aktionen, die ich in meinem Buch versucht habe zu systematisieren.

**// Interview: Clarita Müller- Plantenberg, Gerald Hoffmann-Mittermaier, Kathrin Wiemer**

Flávio Chedid: Autogestão em empresas recuperadas por trabalhadores – Brasil e Argentina. Insular livros, 2014. ISBN: 978-85-7474-794-1.

# „WIE VON EINEM LÖWEN ZU VERLANGEN, VEGETARISCH ZU LEBEN“

INTERVIEW MIT DEM ARBEITSRECHTSEXPERTEN SERGIO CHÁVEZ ÜBER DEN KAMPF FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER ZENTRALAMERIKANISCHEN TEXTILINDUSTRIE

**Angesichts eines Lohnes, der nicht zum Leben reicht, und Fällen von 24 Stunden ununterbrochener Arbeit ist es offensichtlich, dass in den Billiglohnfabriken Arbeiter*innen ausgebeutet werden. Doch diese skandalösen Bedingungen müssen erst öffentlich gemacht werden. Die *LN* sprachen mit dem Aktivisten Sergio Chávez über seinen schwierigen Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, die Taktik der Konzerne und die besten Methoden, der Ausbeutung entgegenzutreten.**

**Wie sehen die Arbeitsbedingungen in der Maquila-Industrie derzeit aus?**

Um nicht nur zu wiederholen, was jeder ohnehin schon weiß, werde ich die Zukunft schildern, welche die Maquila-Arbeiterinnen erwartet. Die Rentenfonds wurden in El Salvador vor etwa zehn Jahren privatisiert und basieren nun auf einem Modell, welches Pinochet in Chile damals auf Anraten der berühmten „Chicago Boys“ eingeführt hat. Es handelt sich also nicht mehr um ein Solidaritätsprinzip, in welchem es eine „Tasche“ gibt, in die Geld eingezahlt wird, und im Rentenalter erhält man 60 Prozent des ehemaligen Lohnes für den Rest des Lebens. Jede Arbeiterin hat nun ihr eigenes Rentenkonto. Die Gehälter der Beschäftigten in den Maquilas sind so niedrig, dass die Ersparnisse der Arbeiterinnen für eine Rente nicht ausreichen werden. Die Höhe der Konten beläuft sich lediglich auf etwa 8.000-9.000 Dollar. Die Unternehmen sagen den Arbeiterinnen, sie hätten keine Möglichkeit auf eine Rente und zahlen ihnen das Geld auf einmal aus. Das Problem ist, dass es keine weitere Rente gibt. So verlieren die Arbeiterinnen automatisch das Recht auf Gesundheits- und Sozialversicherung, weil das Geld auf besagtem Konto schlicht und einfach nicht ausreicht.

Foto: Julian Grau

## SERGIO CHÁVEZ

ist Experte für Arbeitsrechte in der Bekleidungsindustrie. Seit Jahren kämpft er für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie Zentralamerikas. Während des Bürgerkriegs in El Salvador (1980-1992) wegen der tödlichen Repression von Gewerkschaftsarbeit zur Flucht gezwungen, kehrte er nach Kriegsende wieder zurück und leitete das Nationalbüro des NLC (National Labour Rights Committee). Letztes Jahr hat er die Organisation „Equipo de Investigación Laboral“ (dt. Team zur Untersuchung von Arbeitsbedingungen) gegründet, mit der er Recherchen in Fabriken durchführt, um Menschenrechtsverletzungen aufzudecken. Dafür schleusen sie auch Frauen als Näherinnen in die Fabriken ein.

▲ **Armut trotz Arbeit** 80 Prozent der Arbeiter*innen in Maquilas sind Frauen

Der Mindestlohn in der Textilindustrie beträgt in El Salvador monatlich 210,90 Dollar und liegt damit unter der offiziell durch die Regierung etablierten Armutsgrenze von 387,22 Dollar für eine Familie. Zwischen diesen Zahlen liegt ein großer Unterschied. So können wir sagen, dass – egal um welche Marke es sich handelt – die Gehälter unter der Armutsgrenze liegen. Es handelt sich nach Standards in El Salvador um schlecht bezahlte Arbeit.

**Ist sie das auch im Vergleich zu anderen Sektoren?**

Ja, wenn man es mit dem Baugewerbe oder dem Dienstleistungssektor vergleicht oder mit anderen Arbeiten im produzierenden Gewerbe: die Arbeiter der Maquilas sind in einer untergeordneten Situation. Die Firmen, die in Maquilas produzieren lassen, zahlen keine Steuern. Die anderen Firmen, die mehr Lohn bezahlen, bezahlen auch Steuern. Zehn Prozent der Einnahmen gehen an den Staat. Doch diejenigen, die in Maquilas produzieren lassen, fahren nur ihre Gewinne ein und bringen diese in ihre Heimatländer.

**Wer sind die Auftraggeber vor Ort und international?**

Die großen Marken, damit meine ich bekannte Marken, sind nicht die Besitzer der Fabriken in der Region. Sie haben nur Büros in Zentralamerika und geben Aufträge an Fabriken vor Ort. Die Firmen gehören vor allem Personen aus El Salvador, aber auch Koreanern. Es gibt zwei transnationale nordamerikanische Unternehmen, die ihre eigenen Fabriken in El Salvador betreiben. Diese stellen rund 24 Prozent der Angestellten in Maquilas. Das sind Fruit of the Loom und Hanesbrands. Auch deutsche Marken sind dabei. Puma, Adidas und Reebok (gehört zu Adidas) haben Produktionen in Zentralamerika und in El Salvador.

**Puma und Adidas beteuern, alles Denkbare zu tun, um die Situation der Näherinnen zu verbessern. Wie ist Ihr Eindruck? Können Sie das bestätigen?**

Der Punkt ist, dass diese und andere Marken versuchen, ihre Waren in mehr als nur einer Fabrik herstellen zu lassen. Oder besser gesagt: Sie dominieren nicht die Produktion in diesen Fabriken. Es ist unwahrscheinlich, eine Fabrik zu finden, in der Adidas 80 Prozent der Produktion in Anspruch nimmt. Sie lassen in verschiedenen Fabriken produzieren, sodass der Anteil 10-25 Prozent beträgt. So ist es einfach für sie zu sagen: „Wir wollen, dass die Situation sich bessert, aber die anderen Marken interessiert das nicht. Wir haben nur einen kleinen Anteil an der Produktion und für uns ist es sehr schwierig, Einfluss zu nehmen." Das ist Teil ihrer Taktik.

**Unterstützt die Regierung in El Salvador die Beschäftigten? Wenn ja, in welcher Form?**

Wer sich um das Wohlergehen der Arbeiter in El Salvador sorgen müsste, ist der salvadorianische Staat und das Ministerium für Arbeit. Sie sind laut Verfassung dazu verpflichtet, erlauben aber diesen Missbrauch, weil sie ausländische Investitionen nicht behindern wollen. Manchmal wird die Rolle des Staates El Salvador in der Diskussion um die Maquilas vergessen. Der Staat ist abwesend, wenn es um Treffen geht, um Dialoge, die die Situation verbessern sollen. Sie kennen die Situation nicht, fragen auch nicht nach und es scheint,

## DIE MAQUILA-INDUSTRIE

„Maquila" hieß in der Kolonialzeit Mexikos der Anteil, den ein Müller für das Mahlen von Getreide einbehalten durfte. So wie dieser das Korn zu Mehl weiterverarbeitet hat, werden in den heutigen Produktions- und Montagebetrieben der *Maquiladoras* bzw. *Maquilas* Rohstoffe oder importierte Einzelteile zusammengesetzt und die Endprodukte exportiert. Ab den 1960er Jahren entstanden sie zunächst in der mexikanischen Grenzregion zu den USA, in Freihandelszonen sollten sie durch Billiglöhne und Steuervergünstigungen Arbeitsplätze schaffen. Nicht nur die Löhne, sondern auch die fehlende Sicherheit und das Verbot von Gewerkschaften sorgen allerdings für miserable Arbeitsbedingungen, unter denen mehr als eine Million Arbeiter*innen der Maquilas leiden, mehrheitlich Frauen.
Dieses Wirtschaftsmodell hat auch in Zentralamerika Anklang gefunden – mit all seinen Problemen. Allein in der Textilindustrie arbeiten hier 58 Prozent bzw. mehr als 263.000 Frauen. In El Salvador sind 80 Prozent der 72.000 Beschäftigten Frauen. Vor allem nordamerikanische, aber auch europäische Marken profitieren von Steuerbefreiungen, während die Arbeiter*innen mit einem zu niedrigen Mindestlohn bezahlt werden. In einer Studie berichtet die Organisation Oxfam über die unwürdigen Arbeitsbedingungen der Maquilas in Honduras. Um die Anforderungen der Produktion zu erfüllen, reichen Überstunden nicht mehr aus und die Arbeiter*innen sind gezwungen, besondere „Strategien" anzuwenden: Fast 80 Prozent der befragten Personen stehen nicht von ihrem Arbeitsplatz auf, die Hälfte schränkt die Essenspause ein und gar 40 Prozent trinken kein Wasser, um nicht auf Toilette gehen zu müssen.

**// LN**

als ob den Staat nichts interessiert. Aus diesem Grund sehe ich eine geteilte Verantwortung. Aus politischen Interessen wollen einige Leute nicht reden. Die Wahrheit kann unbequem sein.

**Hat sich etwas geändert, seit mit der FMLN eine linke Partei an der Regierung ist?**
Klar gab es durch die linke Regierung Veränderungen. Aber im Bezug auf das Thema, über das wir reden, habe ich keine wesentliche Veränderung bemerkt. Die transnationalen Unternehmen haben freies Feld. Sie haben Macht und Gesetze im Rücken, die ihnen zu Gute kommen.

**Sie führen mittlerweile eine eigene Organisation Equipo de Investigación Laboral. Wie können Sie Ihre Arbeit beschreiben? Was sind Eure Methoden, welches die Herausforderungen?**
Die Herausforderung liegt in der Finanzierung. Wir sind ein sehr kleines, sehr neues Team. Wir haben uns im letzten Jahr gegründet. Wir haben auf zwei Fälle mit relativem Erfolg Einfluss genommen. Unsere Methode ist es, mit den Arbeitern zu arbeiten, mit der Information der Arbeiter, nicht mit Informationen der Firma. Die Firma stellt immer alles schön dar und sagt, dass die Arbeiter das Problem darstellen, nicht die Firma. Unsere Arbeit ist auch sehr diskret. Ich bin nicht auf Versammlungen von Maquila-Vereinigungen gegangen, da sie den Reisepass haben wollen und diesen danach kopieren und schon ist man in einer Situation, in der man kontrolliert wird. Keine Pressekonferenzen – nie. Ich arbeite wie ein Koch. Jemand anders soll das gute Essen servieren. Anerkennung und Applaus interessieren mich nicht. Mich interessiert, meine Arbeit zu machen, und umso weniger sie mich dort kennen, umso leichter ist diese Arbeit für mich. In unserem Land ist diese Form der Arbeit wirklich schwierig.

**Konnten Sie Erfolge verbuchen?**
Wir haben auf zwei Fälle mit relativem Erfolg Einfluss genommen. Ein weiterer Fall stellt eher ein Scheitern dar. Ein erster Erfolg ist die Einführung eines Verhandlungstisches in dem Unternehmen „young one", Hersteller für Northface. Bei einem anderen Fall in Honduras wurde die Zahlung von ausstehenden Gehältern anerkannt und die Verhandlung über einen kollektiven Vertrag für August dieses Jahres angestoßen. Das scheint recht wenig, aber, da wir eine kleine, neue Organisation mit Finanzierungsschwierigkeiten sind, sind dies wahre Errungenschaften. Sie kommen mehr als 2.000 Arbeitern zu Gute.
Als wir eine „nicht autorisierte" Produktion für Puma in einer üblen Fabrik entdeckten, war das

leider eher ein Misserfolg. Diese Fabrik entsprach dem, was man auf Englisch einen Sweatshop nennt. Die Entdeckung dieser Produktionsstätte zog den schnellen Rückzug Pumas nach sich, aufgrund der schlechten Presse. Nur hat Puma immer wieder verlauten lassen, dass die Produktion nicht autorisiert gewesen sei und keine Geschäftsbeziehung bestanden hätte. Aber wenn keine Geschäftsbeziehung bestanden hat, heißt das ja auch, dass die produzierte Kleidung, 60.000 Stück, nicht verkauft wurde. Das Geld haben sie natürlich genommen, dementsprechend gab es auch eine Geschäftsbeziehung.

**Kooperieren die großen Marken oder erschweren sie die Untersuchungen?**

Die großen Marken zahlen keine besseren Gehälter als die günstigen Marken. Der Lohn ist der Mindestlohn. Manchmal sind ihre Fabriken besser ausgestattet, aber manchmal sind sie auch identisch. Es ist ein Mythos zu sagen, dass bei teureren Marken die Arbeiter zufriedener sind. Das ist nicht so. Die Firmen haben auf die harte Tour gelernt, dass negative Öffentlichkeit ihnen keinen Gewinn bringt. Sie halten sich an das Gesetz, aber was sie nicht tun müssen, was über das Gesetz hinausgeht, das machen sie nicht.

**Was ist für Sie die bessere Methode – Angriff oder Dialog?**

Das ist nicht einfach schwarz oder weiß. Man muss jeden Fall analysieren, die Möglichkeiten sehen. Wir können nicht sagen, dass die Marke sich in jedem Fall immer gut oder immer schlecht verhält. Man muss die effektivste Methode suchen. Worte reichen jedenfalls nicht. Die Marken brauchen einen Verhaltenskodex. Und wenn sie diesen haben, sollen sie ihn einhalten. Und wenn es keinen existenzsichernden Lohn gibt, sollen sie diesen einführen. Denn wenn nicht, ist es keine „saubere Kleidung". Der Lohn ist das Fundamentale. Alles andere kann Dekoration sein. Was nützt eine saubere Fabrik, in der alles korrekt beschildert ist, mit schönen sanitären Einrichtungen und du kommst nach Hause und musst feststellen, dass die Fabrik schöner ist als dein Haus?

**Was müsste sich dringend ändern und wer kann diese Veränderungen bewirken?**

Wir sind produzierende Länder. Der Schlüssel liegt für mich bei den Konsumenten. Daten von vor vier Jahren besagen, dass jeder Nordamerikaner 22 Kleidungsstücke im Jahr gekauft hat. Multipliziert man 300 Millionen Bewohner Nordamerikas mit 22 Kleidungsstücken pro Person, kommen wir zu einer enormen Menge.

**Weniger Konsum bedeutet ja aber nicht automatisch, dass die Arbeitsbedingungen sich verbessern, oder?**

Wir befinden uns in einem Kreislauf. Die Nachfrage bestimmt das Angebot. Die Frage ist, wie wir diesen Kreislaufen unterbrechen. Darauf habe ich allerdings keine Antwort. Aber immerhin kann ich sagen, dass die zentralamerikanischen Länder aufhören müssten, in einem Wettbewerb untereinander zu stehen, wer die besseren Konditionen für die transnationalen Unternehmen anbieten kann. Unsere Rivalen sind unsere armen Nachbarn. Die Arbeiter aus den Maquilas in El Salvador müssen mit den Arbeitern aus den Maquilas in Honduras konkurrieren. Die Verantwortung liegt nicht nur bei den Unternehmen, auch die Gewerkschaften müssen sich einig werden. Wir tragen auch selbst Verantwortung als gewerkschaftliche oder soziale Organisationen. Wir müssen eine Plattform für unsere Gemeinsamkeiten schaffen, um zu sehen, wie wir wirkungsvoll für die Arbeiter kämpfen können.

**Was müssten die Konzerne tun, um die Situation zu verbessern?**

Firmen existieren, um Geld zu erwirtschaften. Sie sind keine Armenhäuser. Sie sind keine sozialen Wohltäter, sondern Geldmaschinen. Und ich glaube, dort muss man ansetzen. Zu sehen, was Konzerne eigentlich sind. Ich habe keine hohen Erwartungen an sie. In Krisenzeiten schließen sie Produktionen an einem Ort und bringen sie an einen anderen, da sie nur der maximale Gewinn interessiert. Sie interessieren sich nicht für die Arbeiter, Gewerkschaften oder die Zivilgesellschaft. Aber sie versuchen, keine negativen Schlagzeilen zu machen. Um diese zu verhindern, entstanden die Verhaltenskodizes, freiwillig von den Unternehmen eingeführt. Verbesserungen darüber hinaus, das wäre wie von einem Löwen zu verlangen, vegetarisch zu leben. Das ist sehr schwierig. Ich sage ganz ehrlich, ich habe keine Antwort und möchte auch keine erfinden. Ich weiß es nicht, ich bin alt, die neue Generation muss sich etwas überlegen, etwas erfinden.

**// Interview: Claudia Fatzkämper, Julian Grau**

# „AN UNSEREM WIDERSTAND HABEN SIE SICH DIE ZÄHNE AUSGEBISSEN“

INTERVIEW MIT MARÍA MIRANDA UND LIROY PÉREZ PÉREZ VON DER HAFENGEWERKSCHAFT SINTRAJAP ÜBER DEN KAMPF GEGEN SCHEINGEWERKSCHAFTEN UND PRIVATISIERUNGEN

**In Puerto Limón an der Karibikküste liegt Costa Ricas größter Hafen, unerlässlich für die Exportwirtschaft. Doch die vorwiegend afrocosta-ricanische Bevölkerung der Region ist arm. Die Gewerkschaft der Beschäftigten der Hafengesellschaft JAPDEVA (SINTRAJAP) kämpft daher auch für die soziale Verantwortung ihres Arbeitsgebers. Die *LN* sprachen mit María Miranda und Liroy Pérez Pérez über die Repression ihrer Arbeitskämpfe und die Verteidigung der erkämpften sozialen Errungenschaften.**

Foto: Torge Löding

**María Miranda** ist Finanzverantwortliche und **Liroy Pérez Pérez** Sekretär für Presse und Bildung im Vorstand der Gewerkschaft der Beschäftigten (SINTRAJAP) der Häfen Puerto Limón und Moín in der costaricanischen Karibik.

**Costa Rica genießt international einen sehr guten Ruf. Auch „Schweiz Zentralamerikas“ genannt, handele es sich um ein stabiles, demokratisches Land mit hohem Umweltbewusstsein. Wie sieht denn die Realität bei den Rechten der Gewerkschaften aus?**

**Liroy Pérez Pérez:** Die Realität sieht leider anders aus. Im Bereich der Privatwirtschaft gibt es kaum gewerkschaftliche Organisierung. Wenn überhaupt, dann haben wir in Costa Rica starke und unabhängige Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Dies ist auch der einzige Sektor, in denen es echte Tarifverträge gibt. Und obwohl Costa Rica internationale Vereinbarungen unterzeichnet hat, welche das Recht auf die Organisierung freier und demokratischer Gewerkschaften gewährleisten und das auch in unserer Verfassung garantiert ist, werden insbesondere im privaten Sektor wahre Hexenjagden auf Gewerkschafter organisiert. Das Arbeitsministerium hat die Unternehmer dabei sogar immer wieder unterstützt. Aber auch im öffentlichen Dienst leiden die Gewerkschaften unter der Regierungspolitik.

**Was bedeutet das? Welche Regierungspolitik beschädigt die Gewerkschaften?**

**LPP:** In den vorherigen Regierungen gab es Unterstützung für den sogenannten “Solidarismus”. Das ist eine Art parallele Scheingewerkschaft, die Unternehmer seit den 1970er Jahren gegründet haben, um die Gewerkschaften zu schwächen. Angefangen hat der “Solidarismus” auf den Bananenplantagen. Die gibt es jetzt aber auch in den Maquila-Betrieben und Callcentern. Diese Organisationen sind direkt von den Arbeitgebern manipuliert, ihre Vorstandsmitglieder sind leitende Mitarbeiter und anstatt gewerkschaftliche Aufgaben wahrzunehmen, organisieren sie soziale Aktivitäten oder vergeben Kleinkredite. Arbeitskampf ist für sie ein Fremdwort.

**Der Prototyp der „gelben Gewerkschaften” ist also auf Costa Ricas Bananenplantagen ent-**

Fotos: Liroy Pérez Pérez

▲ **Privatisierungen blockieren** Zusammen mit anderen Gewerkschaften legt Sintrajap den Verkehr lahm

**standen. Seit 43 Jahren existiert SINTRAJAP – was ist denn das Besondere an dem Projekt, für das diese Gewerkschaft steht?**

**María Miranda:** In der Karibikprovinz Limón gibt es für den costa-ricanischen Maßstab eine besonders große Vielfalt an Gewerkschaften und es ist auch die Provinz mit den besten Tarifverträgen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch die strukturschwächste Provinz des Landes ist und die Zentralregierung in San José sich herzlich wenig um die Entwicklung kümmert. Stattdessen sind es die Gewinne der öffentlichen Hafengesellschaft JAPDEVA, die bei uns in den Bau von Schulen, Straßen und Brücken investiert werden. Das ist nicht unerheblich, denn über 80 Prozent aller Waren, die nach Costa Rica kommen, erreichen uns über die beiden Karibikhäfen.

**LPP:** Und unsere Gewerkschaft wird mit dieser sozialen Umverteilungspolitik der Hafengesellschaft identifiziert. Deshalb ist Limón die einzige Provinz in Costa Rica, in der „Gewerkschaft" kein Schimpfwort ist. In den 43 Jahren ihrer Existenz war unsere Gewerkschaft immer ein Instrument des sozialen Kampfes mit klaren politischen Forderungen, mit denen es auf Seiten der Bevölkerung von Limón gestanden hat. Das sind die konkreten Dinge des alltäglichen Lebens, die María genannt hat, aber auch Auseinandersetzungen wie der zur Verhinderung der Ölforderung durch US-Konzerne im karibischen Meer vor unserer Küste.

**SINTRAJAP wird von konservativen Massenmedien immer wieder als „Volksfeind" dargestellt. In den vergangenen Jahren gab es verstärkt Mobilisierungen und Streiks in Limón. Worum geht es da?**

**LPP:** Wir verteidigen die öffentliche Hafengesellschaft JAPDEVA und ihre soziale Funktion.

**MM:** Diese soziale Funktion bedeutet konkret, dass die Gesellschaft mindestens 15 Prozent ihrer Einnahmen in die erwähnten Struktur- und Entwicklungsmaßnahmen stecken muss. Das heißt, am Erfolg von JAPDEVA hängen nicht nur 1.200 Arbeitsplätze in den Häfen und zahlreiche weitere in deren Umfeld, sondern sie ist die einzige Organisation, die soziale Maßnahmen durchführt, weil die Zentralregierung sich nicht zuständig fühlt.

**LPP:** Die rechts-sozialdemokratischen Regierungen von Oscar Arías und Laura Chinchilla haben erfolglos versucht, die Häfen zu privatisieren. Die haben sich an unserem Widerstand die Zähne ausgebissen, es immer wieder mit allen Mitteln versucht. So haben sie ihre Polizei unsere Gewerkschaftszentrale besetzen lassen und versucht, den Gewerkschaftsvorstand abzusetzen. Mit dieser aggressiven Privatisierungsstrategie sind sie zwischen 2006 und 2010 gescheitert.

Aber es gibt seither eine neue Bedrohung, die heißt „Konzession": Und zwar wurde dem Konzern APM Terminals, der mehrheitlich aus den Niederlanden gehalten wird, eine Konzession für ein Offshore-Terminal erteilt. Doch es geht weiter: Dieser Konzern soll nicht nur JAPDEVA Konkurrenz machen, sondern ihm wurde das Monopol für den Containerumschlag zugesagt – das entzieht uns die Lebensgrundlage.

**Hierbei handelt es sich um einen zentralen sozialen Konflikt in Costa Rica. Wie gut ist SINTRAJAP denn organisiert?**

**MM:** Wir organisieren mehr als 90 Prozent der Beschäftigten der Hafengesellschaft. Im Jahr 2012 haben wir außerdem die Statuten geändert. Seither gelten wir als Industriegewerkschaft und haben die Tore für andere Sektoren geöffnet, die mit dem Hafen etwas zu tun haben, aber nicht bei JAPDEVA beschäftigt sind. Wir gewinnen laufend neue Mitglieder.

**LPP:** Trotzdem leiden wir auf nationalem Maßstab unter der starken Medienkampagne, die gegen uns geführt wird. Leider hat diese auch bereits Auswirkung in Limón, wo die Lüge, dass wir uns gegen Fortschritt wehren, bereits von den manchen geglaubt wird. Ich sage klipp und klar: Wir sind für sozialen Fortschritt, eine zentrale Forderung von uns ist immer die nach öffentlicher Investition in die Hafenanlagen gewesen.

**MM:** Aber trotzdem sind wir effizient und gut. Puerto Limón gehört zu den drei effizientesten Häfen in Lateinamerika.

**Eine Kritik an dem Hafenprojekt von APM Terminals ist, dass der Konzern keine Umweltstudie vorgelegt hat. Kooperieren Sie mit den Umweltschützer*innen?**

**MM:** Unbedingt, ja. Wir als Gewerkschafter haben in dieser Auseinandersetzung gelernt, auch Umweltaktivisten zu sein. Vor einem Jahr wurde der Umweltaktivist Jairo Mora an dem Strand getötet, an dem die Baula-Schildkröte ihre Eier legt. Dabei handelt es sich um einen der letzten Orte in Zentralamerika, an den diese Meeresschildkröte kommt. Jairo kümmerte sich um diese Schildkröten und wurde nachts brutal ermordet. Am gleichen Ort hat APM nun mit dem Bau ihres Zubringers zum Offshore-Terminal begonnen und nimmt den Schildkröten damit ihren Lebensraum. Mir zerreißt das das Herz.

**LPP:** Es gibt weitere vom Aussterben bedrohte Spezies in Limón, z.B. die Seekuh. Wie Maria schon sagte, das sind alles Dinge, die wir lernen müssen. Heute kämpfen wir Seite an Seite mit den Umweltschützern. Mich macht es wütend, wie Costa Rica international immer wieder sein Image als grünes und umweltfreundliches Land verkauft und gleichzeitig die Regierung die Rechte der Natur so mit den Füßen tritt.

**Aber im Mai 2014 hat doch die Regierung gewechselt. Wahlgewinnerin war die Partei der Bürgeraktion (PAC), diese hat das alte Parteien-Duopol aufgebrochen und verfügt zumindest über Kontakte in die sozialen Bewegungen. Ist der neue Präsident Solís nicht dialogbereit?**

**LPP:** Politisch stehen wir der Linkspartei Frente Amplio näher als der PAC. Aber in der Stichwahl zwischen Luis Guillermo Solís von der PAC und dem Kandidaten der rechts-sozialdemokratischen Partei der Nationalen Befreiung (PLN) haben wir alle die Kampagne für Solís unterstützt, dessen Partei keine Basis in Limón besitzt. Heute bereuen wir das. Denn entgegen seiner Aussagen im Wahlkampf verteidigt Solís nun die APM-Konzession. Er trägt die Verantwortung für den bisher brutalsten Polizeieinsatz gegen streikende Hafenarbeiter im Sommer 2014 – der versprochene Politikwandel ist ausgeblieben. Vielleicht kommen wir bei der aktuellen Regierung mit dem Thema Hafenmodernisierung weiter, aber das Privatmonopol für APM steht bei denen nicht zur Disposition. Ich vermute, die wollen sich nicht mit so einem mächtigen Konzern anlegen und fürchten sich vor Schadensersatzklagen.

**MM:** Solís gibt sich dialogbereit und im Moment haben wir unseren Streik ausgesetzt. Aber wie Liroy schon sagte: Die Enttäuschung ist groß. Und wenn die Regierung das Privatmonopol weiter unterstützt, dann müssen wir bald wieder in den Streik treten. Für uns ist Mobilisierung und Arbeitskampf das einzige Mittel, um die Zerstörung von JAPDEVA zu verhindern, deren Folge eine soziale Katastrophe in Limón wäre.

**Über welche internationalen Kontakte verfügen Sie? Wer unterstützt den Kampf von SINTRAJAP?**

**LPP:** Auf internationaler Ebene gehören wir zu Internationalen Transportarbeitergewerkschaftsföderation ITF und haben auch lange Zeit den ITF-Vorsitzenden für Lateinamerika gestellt. Über unseren Gewerkschaftsdachverband in Costa Rica haben wir Kontakt zum weltweiten Gewerkschaftsdachverband. Wir haben gute Kontakte zu einigen Hafengewerkschaften wie der ILWU, der Gewerkschaft der Häfen der Westküste der USA, genau wie zur Dockergewerkschaft IDC. Große Unterstützung haben wir in den vergangenen Jahren auch von der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung erhalten.

**// Interview: Torge Löding**

# „DER INTERNATIONALE DRUCK WAR AM ERFOLGREICHSTEN“

INTERVIEW MIT WILLIAM MENDOZA VON SINALTRAINAL ÜBER GEWERKSCHAFTSARBEIT UNTER MORDDROHUNGEN UND DIE WIRKUNG INTERNATIONALER SOLIDARITÄT

**Seit mehr als 10 Jahren kämpft die Gewerkschaft von Sinaltrainal für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse in den Fabriken von Coca-Cola in Kolumbien. Nach mehreren Morddrohungen und Morden an Mitgliedern der Gewerkschaft hat das Unternehmen aus den USA kaum etwas getan, um einen Dialog aufzubauen und diesen Konflikt zu lösen. Die kolumbianische Regierung zeigt sich unbeeindruckt und leitet juristische Prozesse gegen jeglichen sozialen Widerstand ein. Die einzige reale Unterstützung kommt aus der Solidarität von internationalen Organisationen. Die *LN* trafen William Mendoza Anfang April in Bogotá, als fünf Coca-Cola-Arbeiter und Sinaltrainal-Mitglieder in Hungerstreik getreten waren, um eine Intervention der Regierung zu erreichen. Im Interview spricht Mendoza über den gewerkschaftlichen Widerstand und die Rolle der Paramilitärs.**

Fotos: Eric Cortés

▲ **SINALTRAINAL** Nationale Gewerkschaft der Arbeiter der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion

**Wie gehen Sie heute – nach mehr als 10 Jahren Kampf – gegen Coca Cola vor?**

Wir haben auf unterschiedlichsten Ebenen Widerstand geleistet. Wir haben uns an die kolumbianische Justiz gewendet und wir haben eine internationale Unterstützungskampagne gestartet. Im März vergangenen Jahres ist es bei einem Treffen des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs zwischen Sinaltrainal, der kolumbianischen Regierung und der UNP (Nationale Schutzeinheit, Institution mit dem Ziel Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Anwält*innen in Kolumbien, die wegen ihrer Arbeit bedroht werden, zu beschützen, Anm. d. Red.) zu einer gemeinsamen Vereinbarung gekommen. Darin verpflichtet sich die Regierung, ein Treffen mit Coca-Cola zu erzwingen, um über den Konflikt zu reden.

Bis heute hat die Regierung diese Abmachung nicht erfüllt. Coca-Cola will absolut nichts von uns wissen. Sie zwingen uns dazu, diese Art von Protest zu führen, den Hungerstreik. Wir müssen neue Wege finden, auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Die Gewerkschaft hat sogar die Bevölkerung und unterstützende Organisationen aufgerufen, bei Coca-Cola Beschwerde einzulegen, um einen Dialog mit uns zu erreichen und dem Konflikt ein Ende zu setzen. In der Tat hat der internationale Druck am meisten Erfolg gebracht. Heute interessiert sich die Regierung von Juan Manuel Santos nicht für dieses Problem. Das Unternehmen mit Hauptsitz in den USA ist fast unberührbar. Aber wir arbeiten weiter.

**Welche Organisationen bieten Ihnen Unterstützung in diesem Prozess?**

Die Vereinten Nationen, die italienischen Basisgewerkschaften Cobas und das Solidaritätsnetzwerk Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia aus Berlin, sowie Gewerkschaften aus Nicaragua und USA. Das sind einige der Organisationen, die uns unterstützen und begleiten.

▲ **Im Hungerstreik** Mitglieder von Sinaltrainal auf dem Plaza Simón Bolívar

**Welchen Einfluss hat die Intervention der internationalen Organisationen im Konflikt?**
Auf verschiedene Weise haben uns die internationalen Kampagnen geholfen. Gegen 30 von uns bei Sinaltrainal läuft ein Gerichtsverfahren. Zum Beispiel habe ich ein Verfahren wegen mutmaßlichen Terrorismus und Bildung einer kriminellen Vereinigung, weil wir von Paramilitärs angezeigt wurden. Nach Auffassung der kolumbianischen Justiz sind wir angeblich Terroristen!
Aber der internationale Druck hat dieses Verfahren beeinflusst. Die Aufmerksamkeit der verschiedenen Nichtregierungs-Organisationen auf den Prozess hat zugelassen, dass uns alle Grundrechte gewährt wurden: Die Unschuldsvermutung und das Recht auf Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft kommt nicht weiter im Prozess, weil immer wieder NGOs und andere Institutionen nachforschen, wie die aktuelle Situation ist und welche Beweise vorgelegt werden. Da wir unschuldig sind, gibt es natürlich keine Beweise und dank dieser internationalen Beobachtung sind wir seit 2008 auf freiem Fuß. Darüber hinaus haben wir während der Kampagne gegen Coca-Cola in den US-amerikanischen Universitäten viel Unterstützung bekommen. Es konnte ein Treffen mit dem Unternehmen erreicht werden, doch auf Grund von mangelnden Englisch-Kenntnissen haben wir damals eine falsche Entscheidung getroffen und ein vertrauliches Dokument unterschrieben, so-

## WILLIAM MENDOZA

Vorsitzender der Gewerkschaft Sinaltrainal – Barrancabermeja in Santander, hat aufgrund seiner Tätigkeit und seines gewerkschaftlichen Engagements mehrmals Morddrohungen erhalten. Sinaltrainal steht für Nationale Gewerkschaft der Arbeiter der Lebensmittelindustrie in Kolumbien und wurde in den 1980er Jahren im Zuge des Widerstandskampfes gegen Nestlé gegründet. Die Gewerkschaft kämpft für die Anerkennung der Arbeitnehmer*innenrechte und gegen die ausbeuterische Politik von (multi-)nationalen Konzernen. Bekannt wurde sie 2003 durch die internationale Kampagne „Killer Coke".

dass wir hinterher nichts mehr machen konnten. Es gibt ungefähr 80 Compañeros, die Morddrohungen erhalten haben Mich eingeschlossen. Die internationalen Organisationen haben in diesen Fällen die kolumbianische Regierung dazu verpflichtet, uns Schutz zu gewähren, sodass uns nichts geschieht. Das sind die Vorteile und Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaft und der internationalen Öffentlichkeit.

**Wie ist es zu diesem juristischen Verfahren gekommen und wie war der Ablauf?**

In einem Kommuniqué von 1998 räumte die EPL (Guerilla-Gruppe, Anm. d. Red.) ein, die Bombe im Coca-Cola-Gebäudekomplex in Barancabermeja gelegt zu haben. Sinaltrainal initiierte eine Kampagne gegen die Schließung der Fabrik und den Verlust von mehr als 115 Arbeitsplätzen. Beteiligt waren die Kirche, der Stadtrat und Vertreter der Regierung für den Frieden in Santander. Es gab einen großen Unmut gegenüber der EPL, weil neben dem Attentat auf das Unternehmen auch Straßenbau-Pläne verhindert wurden. Mit der Unterstützung von sozialen Organisationen in Barancabermeja, darunter die Erdölgewerkschaft USO, starteten wir eine Aktion humanitärer Hilfe und erreichten damit, dass sich diese Guerilla-Gruppe zurückzog und die Fabrik wiedereröffnet wurde.
Die Paramilitärs merkten, dass wir viel bewegt haben und es kam zu den Anklagen. Ein Kommandant der Paramilitärs, Wilfred Martínez, organisierte ein Plot gegen Juan Carlos Galvis, Vorsitzender Sinaltrainals in Kolumbien und gegen mich. Er behauptete, dass wir die Bombe platziert hätten, was nach dem Gesetz 975 für Gerechtigkeit und Frieden strafmildernd für ihn wirken kann. So werden aus falschen Aussagen Schutzmechanismen für Paramilitärs und der EPL erzeugt. Das Ganze ist zudem mit dem „Kartell der falschen Zeugen" (die Zahl der Verurteilungen auf Grund von Falschaussagen im Zuge des Gesetztes „Gerechtigkeit und Frieden" ist noch unklar, Anm. d. Red.) verknüpft. So kam es zum Prozess. Coca-Cola profitiert von all dem.

**Welche Gruppen sind heute an den Drohungen beteiligt?**

Heute nennt die Regierung diese Gruppen kriminelle Banden. Aber das sind immer noch dieselben paramilitärischen Strukturen wie früher. Die Drohungen richten sich gegen uns, weil wir Hungerstreiks organisieren, weil wir die Protestbewegung der Landwirte unterstützen, die Studentenbewegung und sogar weil wir die LGBTI-Bewegung unterstützen. Deshalb erhalten wir ständig Morddrohungen, wie 2013 im Fall von Juan Carlos Galvis. Aber diese Regierung ist völlig unfähig, die paramilitärischen Organisationen zu bekämpfen. Deren Strukturen sitzen tief im Kongress und in der kolumbianischen Oligarchie.
Hier auf der Plaza Simón Bolívar sitzen einige Menschen, deren Leben bedroht worden sind. Durch unsere Hungerstreikaktion werden leider mehr Drohungen entstehen.

**// Interview: Eric Cortés**

▲ **„Keine Morde und Bedrohungen mehr"** Ein Unterstützer von Sinaltrainal macht seine Forderung deutlich

# ES GEHT AUCH OHNE CHEF

EIN SAMMELBAND ERZÄHLT DIE GESCHICHTEN VON BETRIEBSBESETZUNGEN IN ARGENTINIEN

**Es ist eine erfolgreiche Strategie. Seit Ende der 1990er Jahre haben Arbeiter*innen zahlreiche Betriebe besetzt und die Produktion als Kooperativen weitergeführt.**

In dem kürzlich auf Deutsch erschienenen Sammelband *Sin patrón. Herrenlos. Arbeiten ohne Chef*s erzählen die Protagonist*innen Geschichten erfolgreicher Fabrikbesetzungen. Es wird darin vor allem die Anfangszeit dieser Bewegung porträtiert. Eindrücklich schildern die Besetzer*innen ihre Beweggründe – in erster Linie der Erhalt des Arbeitsplatzes in einem von wirtschaftlicher und politischer Krise gebeutelten Land. Ihre Verzweiflung, ihre Zweifel, und ihre Angst vor Gewalt – sowohl durch die Polizei als auch teilweise durch Eigentümer*innen – werden somit begreiflich, wie auch die internen Spannungen und Meinungsverschiedenheiten.

Trotz allem entschließen sie sich, mehr oder weniger bewusst, Arbeitslosigkeit, Machtlosigkeit und Angst als Kollektiv, und mit solidarischer Unterstützung von Familien und Nachbar*innen, entgegenzutreten. Und waren damit in den meisten Fällen erfolgreich: Firmen verschiedenster Sektoren, wie die Keramikfabrik FaSinPat (ehemals „Zanón"), der Textilbetrieb Brukman oder der metallverarbeitende Betrieb Crometal produzieren heute unter Kontrolle der Arbeiter*innen. Sie haben sich soweit wie möglich wieder in den Markt integriert, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen – auch wenn die Bedingungen teils prekär und die Zukunft unsicher sind. Wer eine Grundsatzdebatte über die Bedeutung der Abhängigkeit der Genossenschaften von der marktwirtschaftlichen Logik und von staatlichen Subventionen erwartet, wird nicht direkt fündig.

Und doch vermittelt das Buch etwas über den emanzipatorischen Charakter dieser Praxis. Denn ein Aspekt, der beim Lesen dieser Geschichten deutlich wird, ist die Politisierung der Arbeiter*innen während der Besetzungen, des Widerstands und der Wiederaufnahme der Produktion unter ihrer Kontrolle. Diese Praxis ist nicht nur deshalb bedeutend, weil sie ökonomische Integration durch Selbstermächtigung schafft. Sie konstruiert auch „Versuchslabore" für neue Identitäten, Werte und soziale Beziehungen.

Die Einleitung des Medienkollektivs macht die Vorgeschichte verständlich und begründet damit in gewisser Weise auch die Betriebsübernahmen als moralisch richtiges Handeln.

Der Übersetzer Daniel Kulla gibt in seinem Vorwort eine hilfreiche, wenn auch teils etwas undifferenzierte Einführung, in den aktuellen politischen Kontext und die Spannungsfelder in Zusammenhang mit den selbstverwalteten Betrieben und der Regierungspolitik. Auch weist er auf die „Übertragungsmöglichkeiten" dieser Praxis hin. Aus den Geschichten wird deutlich, dass es grundlegend ist, eine Öffentlichkeit für diese erfolgreiche Strategie herzustellen und Erfahrungen größeren Kreisen zugänglich zu machen. Denn in vielen Fällen kam eine Besetzung anfangs für niemanden ernsthaft in Frage. Sei es aus fehlender Kenntnis oder fehlendem Optimismus.

> Der Sammelband porträtiert die Politisierung der Arbeiter*innen während der Besetzungen.

In diesem Sinne kann diese Übersetzung auch eine Bereicherung für die Praxis der Betriebsübernahme durch die Belegschaft in Europa sein – gerade im Kontext der aktuellen Krise.

**// Friederike Winterstein**

**Lavaca (Hg.)** // *Sin Patrón, Herrenlos, Arbeiten ohne Chefs. Instandbesetzte Betriebe in Belegschaftskontrolle. Das argentinische Modell: Besetzen, Widerstand leisten, weiterproduzieren* // Übers. und Einführung von D. Kulla // Ag Spak // Neu-Ulm 2015 // 254 Seiten // 19 Euro // http://www.agspak-buecher.de/Lavaca-Hg-Sin-Patron-Herrenlos-Arbeiten-ohne-Chefs

## // IMPRESSUM

**HERAUSGEBER: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN**

Erscheint als Dossier Nr. 12 innerhalb der *LN* 495/496 (September/Oktober 2015).
**Redaktion:** Redaktionskollektiv der *Lateinamerika Nachrichten*
**V.i.S.d.P**. Friederike Winterstein, Mirjana Mitrovic, Jan-Holger Hennies, Thilo F. Papacek, Manuel Burkhardt, Tilman Massa

Dieses Dossier wurde aus Mitteln des Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung finanziert.
Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung.

**// KONTAKT**
Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de
LN-Redaktion: redaktion@LN-Berlin.de
Bestellungen und Informationen zum *LN*-Abo: abo@LN-Berlin.de

Titelfoto: Simon Zamora Martin // Arbeiter*innen der Druckerei R.R. Donnelley (vormals Atlantida) haben ihren eigenen Betrieb übernommen

▲ **Solidarität nicht nur intern** Arbeiter der Druckerei R.R. Donnelley packen Nahrungsmittelpakete für die Nachbarschaft

# *LN*-Dossiers

**Themenbroschüren, herausgegeben von den *Lateinamerika Nachrichten***

**Nr. 11 // Grenzen bewegen Migration und Grenzräume in Lateinamerika** // Juli/August 2014

**Nr. 10 // Abseits des Flutlichts Fußballkultur in Lateinamerika rund um die WM** // Mai 2014

**Nr. 9 // Im Schatten der Spiele Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien** // September/Oktober 2013

**Nr. 8 // Erbe einer Diktatur 40 Jahre nach dem Putsch in Chile** // Juli/August 2013

**Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit** // März 2013

**Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika** // September/Oktober 2012

**Nr. 5 // Suche nach Harmonie Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist** // Juli/August 2012

**Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne Geschäfte mit Ackerland bedrohen kleinbäuerliche Landwirtschaft in Lateinamerika** // September 2011

**Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko** // Juni 2011

**Nr. 2 // Wir waren unsichtbar Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung** // April 2011

**Nr. 1 // Glaube Hoffnung Macht Christliche Kirchen in Lateinamerika** // November 2010

**Die Dossiers sind teilweise noch als Einzelbroschüren verfügbar. Wenn diese vergriffen sind, verschicken wir gerne die jeweilige Ausgabe mit eingeheftetem Dossier.**
**Einfach bestellen:**
Email an abo@LN-Berlin.de oder
telefonisch unter 030 - 694 61 00
**www.lateinamerika-nachrichten.de**